

info 5'75

**Manifest  
für eine  
liberale  
Politik.**

Deutsche Jung-  
demokraten

# INHALT

## Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	3
<u>Teil I.:</u> Manifest für eine liberale Politik (Leverkusener Manifest). . . . .	5
A. Zielsetzung für eine liberale Politik . . . . .	6
B. Analyse . . . . .	9
B.1. Historische und Gegenwartsanalyse des Liberalismus . . . . .	9
B.2. Wirtschaftliche Analyse der BRD . . . . .	10
B.3. Emanzipation und Produktivkräfte . . . . .	13
B.4. Ideologiebildung . . . . .	14
B.5. Beschwichtigungsrolle von Parteien, Parlamenten und Gewerkschaften . . . . .	15
C. Strategie der Deutschen Jungdemokraten . . . . .	16
C.1. Präambel . . . . .	16
C.2. Grundsätze der Zwei-Wege-Strategie . . . . .	18
C.3. Zur Funktion und Praxis der Basisarbeit . . . . .	25
<u>Teil II.:</u> Duisburger Manifestentwurf (Auszüge) . . . . .	29
1. Historische und Gegenwartsanalyse des Liberalismus . . . . .	30
2. Wettbewerbsideologie und Wirklichkeit . . . . .	34
3. Zur Geschichte der BRD . . . . .	36
4. Zur Strategie der zwei Wege . . . . .	38
5. Notwendigkeit der Basisarbeit . . . . .	41
6. Notwendigkeit der Arbeit in den Institutionen . . . . .	42
<u>Teil III.:</u> Erläuterungen und Begründungen zum Manifest . . . . .	45
1. Allgemeines . . . . .	46
2. Erläuterungen zum Teil A. (Zielsetzung) . . . . .	48
3. Erläuterungen zum Teil B. (Analyse) . . . . .	48
4. Literaturliste . . . . .	57

info 5'75

Manifest für eine liberale Politik  
(Grundsatzbeschlüsse der DJD)

4. neubearbeitete und erweiterte Auflage,  
August 1975

Herausgeber:

# DJD

## Deutsche Jungdemokraten

Landesverband Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf 1  
Worringer Straße 82-84  
Tel.: (0211) 36 08 45 - 46

# VORWORT

## Vorwort zur 4. Auflage

Wiederum ist unser "Manifest für eine liberale Politik" seit längerer Zeit vergriffen gewesen. Das in starkem Maße - besonders auch bei neuen Mitgliedern - wieder aufkommende Interesse an der Grundsatzbeschluslage machten eine Neuauflage notwendig. Dabei wurden weitestgehend die Erfahrungen berücksichtigt, die wir bei der Vermittlung des "Manifests" immer wieder gemacht haben.

Das als Teil I. in diesem Info vorliegende "Manifest für eine liberale Politik" (Leverkusener Manifest) stellt die aktuelle Grundsatzbeschluslage des Bundesverbandes der Deutschen Jungdemokraten dar.

Es besteht im Teil A. aus der auf der Bundesdelegiertenkonferenz 1973 in Duisburg beschlossenen "Zielsetzung für eine liberale Politik", die aus unseren Beschlüssen auf der Landesdelegiertenkonferenz 1972 hervorgegangen ist (Neubearbeitung durch Scherer, Maier und Gerigk).

Die Teile B. und C. wurden auf der Bundesdelegiertenkonferenz 1971 in Leverkusen (Leverkusener Beschlüsse) verabschiedet und sind hier unverändert übernommen.

Viele Teile der Grundsatzbeschlüsse der Jungdemokraten sind in ihrer Kürze jedoch schwer verständlich, auch bestehen einige Lücken, z.B. bei der Darstellung des Begriffs der "systemüberwindenden Reformen", des Konzentrationsprozesses in der kapitalistischen Wirtschaft, der Geschichte des Liberalismus und den sich daraus ergebenden primären Zielgruppen für die jungdemokratische Arbeit. Die genannten Teile sind größtenteils schon im Jahre 1971 vom damaligen Arbeitskreis Grundsatzfragen nach der Verabschiedung des "Leverkusener Manifests" in weit ausführlicherer Form ausgearbeitet worden, was dann zur Vorlage des "Duisburger Manifestentwurf" auf der LDK '72 führte, der damals teilweise aus politischen Gründen, teilweise wegen der zur Diskussion nicht ausreichend zur Verfügung stehenden Zeit von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Trotzdem hat dieser "Manifestentwurf" wegen der schon genannten Ausführlichkeit in einigen Teilen und der sich daraus ergebenden besseren Vermittlungsmöglichkeit bei der Diskussion der Grundsatzbeschluslage eine große Rolle gespielt.

Ein grosses Manko dabei war aber immer, daß die angesprochenen Teile immer nur den "alten Cracks" zur Verfügung standen, für die neuen Verbandsmitglieder aber nicht mehr greifbar waren.

Deshalb hat sich der Landesvorstand entschlossen, die wichtigsten Teile des "Duisburger Manifestentwurfs" in dieser Neuauflage (als Teil II.) neu zu veröffentlichen. Vor jeden dieser Abschnitte habe ich eine kurze Erläuterung gestellt, die angibt, zu welchem Teil des Manifests er gehört und was die wesentlichen Erweiterungen zur Beschluslage sind.

Zusätzlich wurde der Erläuterungsteil (hier Teil III) gegenüber den bisherigen Auflagen überarbeitet und erweitert. Neu hinzugekommen ist eine kurze Darstellung des "kritischen Rationalismus", einer wesentlichen erkenntnistheoretischen Grundlage unseres Verbandes; für die Manfred Petroll (Bonn) verantwortlich zeichnet. Wegen der knappen zur Verfügung stehenden Zeit ist dieser Teil etwas kurz geraten, ich glaube aber, daß er für die Diskussion im Verband wichtige Ansatzpunkte bietet.

Zusätzlich wurde der Teil "Liberaler Forderungen und ihre materiellen Grundlagen" neu aufgenommen, da hier wichtige Information zur Entstehung des Liberalismus gegeben werden.

Auch die Frage der Zielgruppen jungdemokratischer Politik wurde ausführlicher als bisher behandelt.

Ich glaube, daß der Landesvorstand mit dieser überarbeiteten und erweiterten Auflage den Untergliederungen noch bessere Möglichkeiten zur Grundsatzdiskussion bietet.

Ich kann nur hoffen, daß ihr diese Möglichkeiten nutzt - für Hilfen stehen wir Euch natürlich auch weiterhin immer zur Verfügung.

Zusätzlich hat der Landesvorstand beschlossen, als Ergänzung dieses "Infos" eine Broschüre herauszubringen, die das Verhältnis der Grundsatzbeschlüßlage der Jungdemokraten zu entsprechenden Diskussionen und Beschlüssen der FDP aufzeigen soll. Dieses sogenannte "(links-) Liberalismusinfo" soll im Herbst dieses Jahres erscheinen. Es soll Euch besonders bei Diskussionen innerhalb der FDP über Grundsätze liberaler Politik und den Folgerungen daraus Material bieten, das es leichter macht, die FDP an ihrem "liberalen Anspruch" zu packen.

Noch ein letztes:

Die Notwendigkeit der Erweiterung dieses Infos zeigt deutlich, daß unsere Beschlüßlage in Form des "Leverkusener Manifest" nicht perfekt ist.

Einige Mängel sind durch die Arbeit des Jahres 1971 mit der Erstellung des "Duisburger Manifestentwurfs" ausgemerzt werden, wie wahrscheinlich alle Leser dieser Auflage schnell feststellen werden.

Auch schnell feststellen werden sie, daß der "Duisburger Manifestentwurf" nichts grundlegend Neues wollte, also keine Abkehr vom "Leverkusener" darstellt, sondern nur eine Verbesserung.

Durch die notwendigen Arbeitsprioritäten der vergangenen Jahre ist auf diesem Wege nicht weitergeschritten worden. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit notwendige weitere Verbesserungen möglich sind. So wird von vielen im Verband - oft zu Recht - die oft apodiktische Form bestimmter Formulierungen, die teilweise zu wenig differenziert sind, kritisiert. Auch dieses Problem müßte irgendwann einmal angefaßt werden.

Dazu kommen einige Lücken - besonders im Bereich "Staat und Wirtschaft" - die gefüllt werden müßten. Auch einige Überlegungen zur Strategie, besonders was den Bereich der Basisarbeit angeht, müßten der geänderten historischen Situation angeglichen werden. Wenn all dies geleistet wird, haben wir vielleicht eine perfekte Grundsatzbeschlüßlage. Nur eins muß klar sein - der Grundgehalt, der im Leverkusener Manifest klargelegt wird, der die Grundlage unserer Arbeit jetzt und in Zukunft darstellt, darf nicht angetastet werden. Wer notwendige Verbesserungen zum Vehikel für inhaltliche Änderungen der Beschlüßlage benutzen will, darf in diesem Verband keine Chancen haben. Dieser Verband muß weiterhin die liberale Politik betreiben, die sich besonders aus der Zielsetzung des Leverkusener Manifests ergibt: Politik zur Sicherung und Erweiterung der Freiheit aller Mitglieder unserer Gesellschaft.

Peter Gerigk  
(stellv. Landesvorsitzender)

# I. Manifest für eine liberale Politik (Leverkusener Manifest)

## A. Zielsetzung für eine liberale Politik

Ausgangspunkt und Antrieb menschlichen Handelns ist der Wunsch nach Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Dementsprechend bestimmt die Art und Weise, in der eine Gesellschaft die materiellen Voraussetzungen zur Befriedigung individueller und sozialer Bedürfnisse regelt, entscheidend die Struktur einer Gesellschaft. Dies bedeutet, daß Gesellschaftsformen durch den Stand der Produktivkräfte und die Struktur des Produktions- und Distributionsprozesses entscheidend geprägt werden. Die gesellschaftliche Position einzelner und sozialer Gruppen ist vor allem durch deren Rolle im Produktionsprozess und Distributionsprozess bestimmt. Politik hat dementsprechend die Aufgabe, die gesellschaftlichen Anstrengungen zur Schaffung der Voraussetzungen der Befriedigung individueller und sozialer Bedürfnisse zu regeln und die dabei aufgrund von Interessengegensätzen entstehenden Konflikte zu lösen.

Liberale Politik ist Politik zur Sicherung und Erweiterung der Freiheit aller Mitglieder einer Gesellschaft und zur Weiterentwicklung des Emanzipationsprozesses in allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Emanzipationsprozess ist derjenige historische Prozess, der durch Beseitigungen der Abhängigkeiten einzelner Menschen oder gesellschaftlicher Gruppen von den Bedingungen der Natur oder von anderen gesellschaftlichen Gruppen die Verwirklichung von Freiheit ermöglicht macht. Freiheit ist dabei nicht idealistisch als die (formale) Möglichkeit der Wahl zwischen verschiedenen Alternativen zu sehen, sondern materialistisch zu interpretieren: Freiheit ist zu definieren als die optimale und ungehinderte Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung. Dieser materialistische Freiheitsbegriff umfaßt den idealistischen und geht wesentlich über diesen hinaus.

Ziel liberaler Politik ist demnach die Sicherung und Erweiterung der Möglichkeiten zur Befriedigung individueller und sozialer Bedürfnisse für alle Gruppen und Mitglieder einer Gesellschaft und bewußtes Vorantreiben des Emanzipationsprozesses. Bedürfnisse sind dabei nicht als unabänderliche Naturkonstanten aufzufassen. Sie sind abhängig von der gesellschaftlichen Entwicklung und nur in Abhängigkeit von der historischen Situation zu bestimmen. Auch die konkrete Bestimmung emanzipatorischer Politik kann nicht für alle historischen Situationen einheitlich erfolgen, sondern hängt von der Analyse konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse ab und kann erst parallel zur Analyse selbst geleistet werden.

Insbesondere ist der jeweils mögliche Grad an Freiheit abhängig von der gesellschaftlichen Situation und vom Stand der Produktivkräfte. Liberalismus als emanzipatorische Bewegung hat deshalb in jeder

gesellschaftlichen Situation danach zu fragen, was in Abhängigkeit vom jeweiligen Stand der Produktivkräfte an Freiheit möglich ist; in der Verwirklichung dieser Freiheit liegt deshalb die Aufgabe liberaler Politik.

Aus dieser Bestimmung der Ziele liberaler Politik ergeben sich einige unmittelbare **Konsequenzen**:

1. Wegen der prinzipiellen Knappheit der materiellen Mittel zur Bedürfnisbefriedigung müssen die Produktivkräfte so weiterentwickelt und die Produktion so gesteigert werden, daß sich daraus eine Erweiterung der Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung ergibt.

2. Notwendige materielle Voraussetzungen für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse können nur in kooperativer und solidarischer Form geschaffen werden. Liberalismus sieht daher im Prinzip der Solidarität ein grundsätzliches Gestaltungsprinzip der Gesellschaft.

3. Liberale Politik ist humanistisch. Dies bedeutet, daß liberale Politik sich ausschließlich orientiert an menschlichen Bedürfnissen und die Unterordnung menschlicher Tätigkeit und Gesellschaftsordnungen unter ein nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiertes philosophisch, metaphysisch, theologisch oder sonst wie begründetes System ablehnt.

4. Liberale Politik ist aufklärerisch - rational. Liberale Politik bedeutet Einsatz der menschlichen Fähigkeiten im Interesse der Menschen. Spezifisch für den Menschen ist die Fähigkeit der Erkenntnis der Natur und seiner gesellschaftlichen Umwelt. Diese Fähigkeit macht es ihm möglich, Abhängigkeit von der Natur zu erkennen und zu beseitigen, die Natur in seinem Interesse zu beherrschen, seine eigene gesellschaftliche Rolle, die eigenen Interessen und Wege zu ihrer Durchsetzung zu bestimmen. Verhinderung von Erkenntnis (z. B. durch Manipulation, d.h. bewußte Irreführung und Ablenkung von eigenen Interessen) vermindert daher die Möglichkeit zur Verwirklichung von Freiheit und widerspricht daher fundamental liberalen Prinzipien. Rationalität und rationales Handeln, also Handeln aufgrund der Erkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten, ist auch die einzige Möglichkeit, gesellschaftliche Konflikte im gemeinsamen Interesse ohne vermeidbare Schäden zu lösen.

Liberale Politik ist sich der prinzipiellen Unvollständigkeit und Fehlerhaftigkeit menschlicher Erkenntnis bewußt und sieht den Prozeß menschlicher Erkenntnis prinzipiell als unabgeschlossen und unabschließbar an. Politik, die auf dem dogmatischen Anspruch der Kenntnis der einzigen und wahren Interpretation der Wirklichkeit beruht, ist daher nicht vereinbar mit liberaler Politik. Hieraus ergibt sich das Prinzip der Toleranz, d.h. der Respektierung anderer als der eigenen weltanschaulichen und politischen Auffassungen. Toleranz erstreckt sich dabei nicht nur auf abstrakte Meinungen, sondern auch auf das diesen Meinungen entsprechende soziale Verhalten. Toleranz hat ihre Grenzen in der manifesten Intoleranz anderer.

5. Liberale Politik ist auf den Abbau von Herrschafts- und Machtverhältnissen gerichtet und demokratisch, Herrschafts- und Machtverhältnisse hindern Einzelne und soziale Gruppen an der Verwirklichung ihrer Freiheit. Liberale Politik steht aber auf der Seite der Unprivilegierten in jeder Gesellschaft und gerät notwendigerweise

in Konflikt mit den auf Kosten anderer gesellschaftlicher Gruppen privilegierten. Die Minimierung von Herrschaft und Macht in jeder Gesellschaft ist daher vorrangiges Ziel liberaler Politik.

Abhängigkeitsverhältnisse sind jedoch in jeder Gesellschaft unvermeidlich. Wo Herrschafts- und Machtverhältnisse nicht beseitigt werden können, sind sie so zu gestalten, dass optimale Beteiligung aller von einer Entscheidung Betroffenen an dieser Entscheidung gewährleistet wird. Dies wird verwirklicht durch demokratische Gestaltung aller Bereiche der Gesellschaft. Demokratie ist dabei nicht einfach als das Prinzip der Entscheidung durch eine Mehrheit aufzufassen, sondern als die Forderung, dass Herrschafts- und Machtausübung auf der Delegation der Macht durch die Betroffenen beruht und von den Betroffenen kontrolliert wird und diese Delegation der Macht im Prinzip jederzeit eingeschränkt und zurückgenommen werden kann. Eine Festlegung auf genau ein technisches Modell zur Verwirklichung von Demokratie ergibt sich aus der Grundsatz liberaler Politik nicht.

6. Liberalismus steht in einem fundamentalen gesellschaftlichen Gegensatz zu konservativen und reaktionären Kräften. Konservative Politik ist auf Erhaltung und Sicherung bestehender Gesellschaftsverhältnisse und daher bestehender Herrschafts- und Machtverhältnisse gerichtet; reaktionäre Politik betreibt die Wiederherstellung schon überwundener Herrschaftsverhältnisse. Beide stehen daher in einem Grundwiderspruch zur liberalen Politik, die auf Abbau von Fremdbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen gerichtet ist.

7. Liberalismus ist nicht auf ein bestimmtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem festgelegt. Liberalismus hat in jeder konkreten historischen Situation zu bestimmen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse dem liberalen Grundprinzip der Sicherung und Erweiterung der Freiheit am ehesten entsprechen. Dies gilt natürlich nicht nur für gesellschaftliche Systeme, sondern erst recht für konkrete politische Zielsetzungen wie z. B. Privateigentum an Produktionsmitteln, Wettbewerb, Marktwirtschaft etc. Jede konkrete politische Aussage und Aktion ist ausschliesslich nach ihrem Beitrag zur grundsätzlichen Zielsetzung liberaler Politik zu beurteilen.

8. Liberalismus und Sozialismus haben beide ihren Ursprung in Humanismus und Aufklärung. Sie stimmen in entscheidenden Punkten ihrer Zielsetzung überein. Sie haben in Konservativen und Reaktionären gemeinsame politische Gegner. Sie stehen ungeachtet der Unterschiede in Zielsetzung, Analyse und Strategie nicht zueinander wie Feuer und Wasser, sondern sind in vielen politischen Fragen politische Bündnispartner.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Liberalismus und Sozialismus liegt darin, dass sich der Liberalismus im Gegensatz zum Sozialismus nicht auf ein bestimmtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das durch die generelle Vergesellschaftung der Produktionsmittel gekennzeichnet ist, als Garant für eine demokratische Politik festlegt. Liberalismus vermeidet daher eine erhebliche Gefahr der Verselbständigung politischer Mittel.

Der genannte Unterschied ergibt sich aus der Tatsache, dass der Liberalismus nicht alle relevanten gesellschaftlichen Konflikte auf eine Ursache, nämlich auf den Gegensatz zwischen den Klassen der Produktionsmittelbesitzer und der Lohnabhängigen, zurückführt.

Gegenüber dem Sozialismus tritt der Liberalismus als Garant gegen die Gefahr des Dogmatismus und seiner Konsequenzen auf. Liberalismus ist Garant dafür, daß bei allen zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen die erreichten liberalen Rechte und bürgerlichen Freiheiten gewahrt bleiben.

Liberalismus ist Garant für die strikte Einhaltung des Toleranzprinzips sowie des Demokratieprinzips. Liberalismus ist Garant für die Beachtung der Relation zwischen Mittel und Zweck. Insbesondere achtet er darauf, daß gesellschaftliche Verhältnisse an menschlichen Bedürfnissen und nicht an gedanklich konstruierte Gesellschaftssysteme angepaßt werden. Liberalismus ist Garant dafür, daß individuelle Freiheiten nicht wegen ungerechtfertigter Solidaritätsverpflichtungen eingeschränkt werden.

Liberalismus ist Garant dafür, daß nach Durchsetzung grundlegender gesellschaftlicher Reformen nicht erneut bürokratisch - dogmatische Erstarrung Platz greift.

## B. Analyse

### B.1. Historische und Gegenwartsanalyse

Der politische Liberalismus ist historisch entstanden als Emanzipationsbewegung des Besitzbürgertums im Frühkapitalismus gegen den feudalen Staat. Eine sozialistische Bewegung im marxistischen Sinne war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, da dessen Subjekt, das Industrieproletariat, erst im Entstehen war. Lohnabhängige und Bürger hatten objektiv gleichergerichtete Interessen, die im Kampf gegen den feudalen Staat gipfelten. Diese gemeinsamen Interessen fanden ihren Ausdruck u. a. darin, daß Liberale zu den Begründern der Gewerkschaftsbewegung gehörten.

Mit weitgehender Durchsetzung der bürgerlichen Forderungen und Aufkommen der emanzipatorischen Bewegung des Proletariats (Sozialismus) wurde der Großteil der liberalen Bewegung zu einer bewahrenden politischen Macht, die ihren Besitzstand gegen noch vorhandene feudale Strukturen und die Restauration des Feudalismus verteidigte, sich andererseits aber auch immer mehr gegen die anwachsende Macht des Proletariats wendete.

Dies brachte den Großteil der liberalen Bewegung (Nationalliberale) schließlich in zunehmendem Maße in die politische Abhängigkeit der Konservativen.

Die Rolle der gesellschaftsverändernden Kraft übernahmen die Sozialisten, die sich aber gegen die vereinigte Macht der Konservativen und Nationalliberalen nicht durchsetzen konnten.

Durch den Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus verlor das Besitzbürgertum seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß;

auch als Träger des Liberalismus wurde es zunehmend bedeutungslos.

Mit dem Überwachen des Monopolkapitalismus in den Staatsmonopolkapitalismus entsteht eine neue Gesellschaftsschicht, das Bildungsbürgertum. Der Lebensstil und die Einstellung der Angehörigen dieser Schicht ähneln heute noch denen der herrschenden Klasse; mit der Bevölkerungsmehrheit haben sie gemeinsam, daß sie abhängig arbeiten, daß sie auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Das objektive Interesse dieser Schicht erfordert nicht die Einhaltung bestehender Machtstrukturen, sondern deren Veränderung. Sie kann damit Träger eines neuen Liberalismus werden, wenn sie ihre gesellschaftliche Rolle begreift.

So bietet sich die Möglichkeit, daß Sozialismus und Liberalismus wieder eine emanzipatorische Bewegung werden.

## B.2. Wirtschaftliche Analyse der BRD

### B.2.1. Grundlagen kapitalistischer Produktionsweise

Die Gesellschaftsform der BRD ist gekennzeichnet durch den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung; d.h. das Bruttosozialprodukt wird von der Masse der Bevölkerung hergestellt, der Großteil des Gewinns fließt jedoch einer winzigen Minderheit zu, nämlich den Eigentümern der Produktionsmittel. Daher ist für die Frage, "was und wie produziert wird", nicht die Wirtschaftlichkeit (d.h. Gesamtwirtschaft) oder die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung entscheidend, sondern die Profitmaximierung. Daraus ergibt sich, daß die vorhandenen Finanzmittel so eingesetzt werden, daß in möglichst kurzer Zeit ein möglichst hoher Gewinn erwirtschaftet wird; die Vernachlässigung langfristiger gesellschaftlicher Interessen in der BRD ist also keine zufällige Erscheinung, sondern systembedingt.

Die demokratische Forderung, daß die rein quantitative Steigerung des Bruttosozialprodukts nicht mehr alleiniger Maßstab des Fortschritts einer Gesellschaft sein soll, und die Betonung einer "qualitativen Produktionssteigerung" stehen also im Widerspruch zur Eigendynamik des Wirtschaftssystems der BRD.

### B.2.2. Marktwirtschaft und Planwirtschaft

Ziel der Wirtschaftspolitik muß die optimale Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung sein. Dieses Ziel wird in manchen Bereichen durch das bestehende Marktwirtschaftliche System erreicht. In anderen Bereichen führt das gleiche System zur gesamtwirtschaftlichen Verschwendung, zur Weckung künstlicher Bedürfnisse und zur Manipulation. Es kann nicht darum gehen, der Marktwirtschaft die Planwirtschaft schematisch gegenüberzustellen; vielmehr muß im konkreten Fall geprüft werden, welches System für einen bestimmten Betrieb oder Wirtschaftsbereich anzuwenden ist. Besonders in

folgenden Bereichen ist eine Konkurrenzsituation wiederherzustellen oder eine demokratische Planwirtschaft einzuführen:

1. unwirtschaftlich arbeitende Wirtschaftszweige (z. B. solche, in denen lediglich Marktanteile verschoben werden);
2. Unternehmen, die auf einem Wirtschaftssektor eine Monopolstellung haben;
3. Unternehmen, die ihre Machtstellung zu antidemokratischer Meinungsmanipulation mißbrauchen;
4. Unternehmen, die wiederholt wegen Wettbewerbsverstößen verurteilt wurden

### B.2.3. Staat und Wirtschaft

Bleibt die kapitalistische Wirtschaft ihrer Eigendynamik überlassen so führt sie zu periodischen Krisen. Diese Krisen wirken sich um so stärker aus, je weiter die Produktivkräfte entwickelt sind und je mehr die Wirtschaft verflochten ist. Aus dieser geschichtlichen Erfahrung ergibt sich die Notwendigkeit wirtschaftlicher Planung, d. h. einerseits Planung der Konzerne, andererseits Globalsteuerung im staatlichen Bereich (Konzertierte Aktion, Mittelfristige Finanzplanung, Geld- und Kreditpolitik).

Dabei handelt der Staat nicht als neutrales Gremium, sondern im ausschließlichen Interesse der Gesamtheit der Kapitaleigner. So greift er bei Strukturkrisen einzelner Wirtschaftsbereiche dergestalt ein, daß unter Erhaltung der Dispositionsfreiheit und Autonomie der Kapitaleigner etwaige Verluste sozialisiert, Gewinne hingegen weiterhin privatisiert werden. (vergl. u. a. Ruhrkohle AG)

Auch bei Lohnkämpfen nimmt der Staat Partei; unter Berufung auf die jeweilige Konjunkturlage werden Lohnleitlinien festgelegt, die die Einkommensverteilung weiter zu Ungunsten der Bevölkerungsmehrheit verzerren:

- Im Aufschwung werden die Lohnabhängigen zum Maßhalten aufgefordert, um die Konjunkturlage nicht zu gefährden.
- In der Hochkonjunktur werden die Lohnabhängigen zum Maßhalten bei Konsum und Lohnforderungen aufgefordert, um ein Abgleiten der Konjunktur in die Rezession zu vermeiden.
- In der Rezession werden die Lohnabhängigen zum Maßhalten bei Lohnforderungen aufgefordert, um den Abschwung nicht noch zu verschärfen.

Das gleiche Phänomen zeigt sich in der Steuerepolitik: In Zeiten der Rezession werden den Unternehmern steuerliche Sonderabschreibungen gewährt, um die Wirtschaft anzukurbeln; in Zeiten der Hochkonjunktur werden die Lohnabhängigen zu 'Konjunkturzuschlägen' herangezogen, um die wirtschaftliche Lage zu entspannen.

Ein derartiges Verhalten ist nicht auf den bösen Willen der jeweiligen Regierung zurückzuführen. Auch und gerade potentiell demokratische Mehrheiten vertreten diese Politik, wie das Beispiel der sozial-liberalen Koalition zeigt. Solange eine Regierung den Bezugsrahmen des kapitalistischen Systems anerkennt, so lange ist sie gezwungen, eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu verfolgen.

Eine Regierung kann nur an der Macht bleiben, wenn sie einen hohen Beschäftigungsgrad oder sogar Vollbeschäftigung erhält. Ein hoher Beschäftigungsgrad setzt eine hohe Investitionsrate voraus. Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen sind hohe Investitionen von einer hohen Profitrate der Kapitaleigner abhängig; daraus ergibt sich das ständig wachsende Mißverhältnis zwischen dem Einkommen der Kapitaleigner und denen der Lohnabhängigen sowie die strukturelle Unterversorgung der öffentlichen Haushalte.

Wird nun der Versuch gemacht, unter Erhaltung des bestehenden Wirtschaftssystems die Einkommensverteilung zugunsten der Bevölkerungsmehrheit zu verbessern, so werden die Lohnerhöhungen im Normalfall zum Anlaß von Preissteigerungen genommen, die die Profitrate noch mehr erhöhen. Ist ein derartiges Vorgehen der Kapitaleigner in Einzelfällen einmal nicht möglich, so sinkt die Profitrate. Besteht in einem solchen Fall nicht die Möglichkeit, in andere Wirtschaftsbereiche mit stabiler oder steigender Profitrate auszuweichen, so sinkt die Investitionsneigung; die Folge ist Arbeitslosigkeit. Die Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Lohnabhängigen unter Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems dürfte also ebenso schwierig sein wie die Quadratur des Zirkels.

Es bleibt also für demokratische Kräfte im Kapitalismus nur die Möglichkeit, entweder den Anspruch auf konsequente Demokratie und soziale Gerechtigkeit oder das Bekenntnis zum Profitinteresse der Kapitaleigner, ideologisch verbrämt als "Soziale" Marktwirtschaft, aufzugeben.

Z. Zt. kann sich keine Regierung konsequent gegen die Herrschaft des Kapitals wenden, weil sie sich ohne deren Unterstützung nicht halten kann. Ebensowenig kann eine potentiell demokratische Regierung offen Politik gegen die Bevölkerungsmehrheit treiben, weil dann ihre Unterstützung im Volk verliert. So wählen denn auch Sozialdemokraten und Liberale einen "Mittelweg": In der Sache vertreten sie die Interessen des Kapitals, ihrem Anspruch nach die Interessen der Lohnabhängigen, indem sie ihnen durch Ausbau der sozialen Sicherheit und "Vermögensbildungspläne" das Bild einer demokratischen Gesellschaft vorgaukeln.

#### B.2.4. Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Dieser Geist von Ausbeutung der Abhängigen und Bevorzugung der Kapitaleigner wird auch konsequent in die internationalen Beziehungen übertragen.

Für sogenannte Entwicklungsländer wird "Kapitalhilfe" gewährt, z. T. verbunden mit der Forderung, dies solle einen bestimmten Prozentsatz des Volkseinkommens umfassen. In Wirklichkeit findet keine Vermögensübertragung statt, vielmehr sollen langfristige Kredite diese Länder abhängig machen. Man kann in Analogie direkt von DM-Imperialismus sprechen. Daneben tritt als zweite Folge, daß die Zinslasten die entsprechenden Staatshaushalte erheblich belasten. Die Bundesregierung begünstigt durch ihre derzeitige Entwicklungshilfepolitik die steuerliche Bewegungsfreiheit der Bezieher von Großeinkommen.

Die USA setzen ihre Interessen gegenwärtig in Indochina nicht nur mit Hilfe des Kapitals, sondern auch mit militärischen Mitteln durch. Es besteht dauernd die Gefahr, daß die BRD aufgrund ihrer Bündnisverpflichtungen und ihrer sonstigen Verflechtung mit den USA in diesen oder einen ähnlichen Konflikt nicht nur (wie bisher) finanziell, sondern auch militärisch hineingezogen wird.

Aufgrund der Emanzipationsbemühungen einiger lateinamerikanischer Staaten vergrößert sich diese Gefahr. Unter Berücksichtigung zunehmender Entspannung in Mitteleuropa stellt sich die Frage, ob es das Schutzbedürfnis der BRD in Mitteleuropa noch rechtfertigt, diese wachsende Bedrohung auf sich zu nehmen.

#### B.3. Emanzipation und Produktivkräfte

Der Grad möglicher Emanzipation in einer bestimmten Gesellschaft kann nicht abstrakt bestimmt werden, sondern nur in Abhängigkeit vom jeweiligen Stand der Produktivkräfte, der Produktionsmittel einerseits, der Planungsinstrumente andererseits. Emanzipation setzt die Beseitigung des Mangels voraus, Produktionssteigerung ist also ein notwendiger Teilaspekt dieses Prozesses.

Infolgedessen sind bei der Frage, ob einzelne Betriebe oder Wirtschaftsbereiche unter demokratische Kontrolle zu stellen sind, auch folgende Gesichtspunkte zu bedenken:

1. Sind die Möglichkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte im bestehenden System voll ausgeschöpft?
2. Sind geeignete Planungsinstrumente entwickelt?

Die BRD befindet sich ebenso wie viele andere kapitalische, aber auch sozialistische Staaten im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution. Unabhängig vom Gesellschaftssystem ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines höheren Bildungsniveaus der Gesamtbevölkerung; damit besteht für die Herrschenden im kapitalistischen System die Gefahr, daß die Bevölkerungsmehrheit ihre eigenen Interessen und die Hindernisse für deren Durchsetzung erkennt. Die Notwendigkeit der Erhöhung des Bildungsniveaus steht also im Widerspruch zum Interesse der Herrschenden an der Systemerhaltung.



In der BRD (und nicht nur hier) wird versucht, diesen Widerspruch durch Formierung des Bildungssystems im Sinne einer technokratischen Reform zu lösen. Ziel dieser "Reform" ist die Produktion brauchbarer Mitarbeiter ("Fachidioten") durch Konzentrierung des Ausbildungsstoffes und Verschärfung des Leistungsdruckes; systemkritisches Wissen wird bewußt ausgeklammert.

#### B.4. Ideologiebildung

Ein Gesellschaftssystem, das auf ständigem äußeren Zwang beruht, ist auf die Dauer nicht lebensfähig. Daher muß zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Arbeitsleistung der Lohnabhängigen der äußere Zwang durch einen verinnerlichten Leistungszwang abgelöst und ideologisch abgesichert werden. Diese ideologische Absicherung erfolgt vornehmlich durch die Institutionen Kirche, Familie, Schule, Arbeitsplatz, Justiz, Bundeswehr, Verbände etc.

Aufgabe dieser "Ideologiefabriken" ist die Schaffung von Wert- und Verhaltensmustern, die die herrschende Gesellschaftsordnung in den Köpfen der arbeitenden Bevölkerung verankert. Dabei haben die einzelnen Institutionen unterschiedliche Aufgaben:

Durch die Familie werden schon im frühesten Entwicklungsalter in der Psyche der Kinder die Grundlagen für die kritiklose Übernahme bestehender Herrschaftsstrukturen gelegt, und zwar hauptsächlich durch Formen autoritärer Erziehung, Sexualunterdrückung und langjährige materielle Abhängigkeit. Die Entwicklung kritischen Bewußtseins, insbesondere in der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum, wird dadurch systematisch unterdrückt.

In den Schulen und am Arbeitsplatz wird ein passiv-rezeptives Verhalten weiter ausgebildet.

Grundlagen und ideologische Absicherung zugleich für das geforderte Verhalten sind die von den Kirchen in Zusammenarbeit mit anderen "staatstragenden" Kräften entwickelten Wert- und Idealvorstellungen. Verstöße gegen diese Vorstellungen werden von "Gewissensqualen" begleitet; reicht das Gewissen des einzelnen als Kontrollinstanz nicht aus, so greifen Sanktionen der Umwelt bis hin zum Einsatz von Exekutivorganen und Justiz ein.

Emanzipation setzt Erkenntnisse der eigenen Interessenlage voraus; diese Erkenntnis soll durch Ideologiebildung gerade verhindert werden. Die ideologiebildenden Mechanismen in den Institutionen müssen der Bevölkerungsmehrheit aufgezeigt werden. Der Widerstand gegen die derzeitige Funktion dieser Einrichtungen darf aber nicht auf alle, die in ihnen arbeiten, ausgedehnt werden. Bei den kritischen Kräften innerhalb dieser Institutionen bietet sich vielmehr ein Ansatzpunkt zur Umwandlung im Sinne einer Befähigung zur Ideologiekritik und zur Erkenntnis der eigenen Interessen.

#### B.5. Beschwichtigungsrolle von Parteien, Parlamenten und Gewerkschaften

Die Parteien treten heute nicht mehr als die Vertreter spezifischer Klasseninteressen auf, sondern bezeichnen sich als Volksparteien, die ein fiktives Gemeinwohl aller vertreten wollen. (Sie versprechen höhere Löhne den Arbeitern und höhere Profite den Unternehmern, mehr Subventionen für die Landwirtschaft und den Verbrauchern stabile Preise.) Die in der Gesellschaft vorhandenen Konflikte werden, wenn überhaupt, in den Parteien vorgeklärt und nur gefiltert in das Parlament getragen und so ihrer Widersprüchlichkeit entschärft.

Da die Parteien nur dann machtpolitisch effektiv sein können, wenn sie die Regierung stellen, ist die Entwicklung der Parteien in der BRD einer verhängnisvollen Eigendynamik unterworfen: Um in eine solche Machtposition zu kommen, bedürfen sie der Unterstützung der Herrschenden (finanzielle Mittel, publizistische Unterstützung)! Einmal in einer Position, müssen sie den gesellschaftlichen und ökonomischen Status quo aufrechterhalten, dem sie ihre Stellung verdanken. Dadurch entsteht eine Rückkoppelung: Zu Gunsten der Produktion des sozialen Friedens müssen gesellschaftliche Widersprüche verwischt werden und somit die Interessen derer unterstützt werden, die aus dem sozialen Frieden den größten Gewinn ziehen. Evtl. gesamtgesellschaftliche Reformen müssen zurückgestellt werden.

So sind die Parteien Instrumente der Willensbildung, aber nicht in der Hand des Volkes, sondern derer, die den Parteiapparat beherrschen. Sie alle verkörpern den Typ der Ordnungsparteien, die sich im Modus, nicht aber in der Substanz unterscheiden. Bei den Wahlen gibt es keinen Kampf zwischen echten politischen Alternativen, sondern lediglich Herrschaftskonflikte zwischen Führungseliten.

Dementsprechend werden im Parlament nur Scheinkonflikte ausgetragen, die allerdings mit erheblichem rhetorischem Aufwand. Sachentscheidungen werden weitgehend im vor- und außerparlamentarischen Raum getroffen und vom Parlament nur noch bestätigt.

Die Abhängigkeit des Parlaments vom ökonomischen System - nur Verfügungsgewalt über den Teil des Bruttosozialprodukts, der verteilt werden kann, ohne die private Profitmaximierung zu gefährden, vergl. Staat und Wirtschaft s.o. - äußert sich unter anderem in der freiwilligen Aufgabe formeller Befugnisse zu Gunsten der Exekutive dort, wo steuernd in die Wirtschaft eingegriffen werden muß, z.B. durch

- Notstandsgesetze,
- Stabilitätsgesetze,
- Vertreter der Exekutive in Europaparlament, EWG und NATO, deren Entscheidungen kaum kontrollierbar sind und nur mehr oder weniger ratifiziert werden können.

Darüber hinaus ist die Initiative z.B. bei der Gesetzgebung längst auf die Administration übergegangen. Der größte Teil aller Gesetzentwürfe wird von der Ministerialbürokratie eingebracht, die sich so die Gesetze ausarbeitet, an die sie später gebunden werden soll.

Daß die Administration bei der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe im Benehmen mit den Interessengruppen arbeitet und daß die Interessengruppen, die die Belange der Allgemeinheit vertreten (Gewerkschaften, Verbraucherverbände) nicht die stärksten sind, braucht nur noch am Rande erwähnt zu werden. Die Ergebnisse sprechen für sich.

Als einzige Organisation mit Massenbasis vertreten die Gewerkschaften zumindest verbal die Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Jedoch haben sie sich ohne auch nur ansatzweise Gegenwehr, z.B. durch die restriktive Rechtsprechung des BAG (Einschränkung des Streikrechts durch Verbot politischer Streiks, wilder Streiks; Friedenspflicht, Zwangsschlichtungsverfahren etc.), in ein Zwangskorsett stecken lassen, das ihnen auch bei gutem Willen eine konsequente Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft nicht mehr ermöglicht. Die einzige Funktion der Gewerkschaften ist im Moment die, den Nachholbedarf bei Konsumlöhnen gegenüber den Unternehmerinteressen durchzusetzen und so diejenigen, die sie vertreten sollen, wenn auch nicht im angemessenen Rahmen, an dem gesamtwirtschaftlichen Mehrertrag zu beteiligen so doch zu beschwichtigen. Auch hier hat sich zumindest die Führung der Gewerkschaften durch die Zusammenarbeit an der konzertierten Aktion zu Gunsten der Herrschenden korrumpieren lassen.

Obwohl Parteien und Parlament weitgehend entmachtet sind, Gewerkschaften höchstens verbal vom Klassenstandpunkt sprechen und den Beherrschten lediglich ein Anschein demokratischer Willensbildung vermittelt wird, wird dennoch die Zerschlagung formaldemokratischer Institutionen und die Aushöhlung bürgerlicher Freiheiten weiter vorangetrieben (Notstandsgesetze, restriktive Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, Nichtanwendung von Art. 15 GG, beschränkte Anwendung von Art. 14 GG, Arbeitskampfrecht), denn Parteien, Parlamente und Gewerkschaften sind potentiell demokratisch und eine ständige Bedrohung der Herrschenden.

So können durch die Publikationsfunktionen der Diskussionen im Parlament zumindest die größten Widersprüche und Konflikte aufgedeckt werden (HS-30-Affäre, Spiegel-Affäre, Notstandsgesetze etc.). Parteien und Gewerkschaften bieten, wenn sie von den Mitgliedern aktiv getragen werden oder die Aktivität programmatisch und praktisch fördern, den Massen die Möglichkeiten, sich zu organisieren, und durch ihre Solidarität den Mechanismus der Herrschenden empfindlich zu stören.

## C. Strategie der Deutschen Jungdemokraten

### C.1. Präambel

Das Ergebnis der politischen Analyse scheint aufzuzeigen, daß die Situation hoffnungslos ist. Die herrschende Klasse verstärkt ihre Bemühungen, Möglichkeiten der Demokratisierung abzubauen. Das potentiell fortschrittliche Grundgesetz wird ausgehöhlt; die Notstandsgesetze sind ebenso Folge wie Symptom dieser Entwicklung. Schon drohen die Vertreter des Rechtskartells wie Dichtgens mit der "Totalrevision" des Grundgesetzes.

Das potentiell demokratische Parlament wird immer mehr entmachtet; es wird degradiert zur Abstimmungsmaschine für außerhalb getroffene Entscheidungen. Seine aktuelle Funktion erschöpft sich in der Aufgabe, diese Tatsache vor der Bevölkerungsmehrheit zu verschleiern und öffentlich Scheinkonflikte auszutragen.

Gewerkschaften und Parteien als mögliche Sammelpunkte progressiver Kräfte sind weitgehend in das bestehende Herrschaftssystem integriert; die Gewerkschaften erkennen das bestehende Bezugssystem an, die Parteien führen einen Kampf gegen "Extremisten von links und rechts", der sich in der Praxis ausschließlich gegen die fortschrittlichen politischen Bewegungen richtet.

Das gesamte Herrschaftssystem ist hauptsächlich abgesichert durch die Manipulation der Bevölkerungsmehrheit. Familie, Schule und Arbeitsplatz sind Stationen eines Prozesses, der Untertanen schafft; die so vorprogrammierte Bevölkerung ist einer gigantischen Werbung und der Meinungsmanipulation im engeren Sinne ausgesetzt.

Sollten aber alle diese Sicherungen für das System versagen, so bleibt schließlich noch der Machtapparat des Staates in Form von Justiz und Polizei und, wenn eines Tages die "Stunde der Not" für die Herrschaft des Kapitals kommen sollte, als letztes Mittel der Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Die Herrschenden scheinen also fest im Sattel zu sitzen; dennoch wächst auf Grund der Widersprüche dieses Gesellschaftssystems auch die Möglichkeit der Überwindung: Das immer stärker werdende Eingreifen des Staates zur Sicherung der privaten Profitmaximierung erfordert den Abbau der Grundrechte; sie ruft aber auch damit den Widerstand einer Vielzahl von Demokraten hervor, die die parlamentarische Demokratie erhalten wollen, ohne allerdings die Ursachen für die Zerstörung zu erkennen. Gewerkschaften und Parteien verstehen sich als systemerhaltend; dennoch wächst jedenfalls in denjenigen Organisationen, die subjektiv die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vertreten, die Erkenntnis, daß der Feind nicht links, sondern rechts steht.

Die Ideologiefabriken wie Familie, Schule, Universität und Betrieb funktionieren zwar nach wie vor, aber die Notwendigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordern ein höheres Bildungsniveau und bieten damit die Möglichkeit, die objektive gesellschaftliche Lage zu erkennen. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Funktion der Massenmedien bricht vielfach auf; Ansätze systemkritischer Information werden sichtbar. Selbst im Machtapparat des Staates zeigen sich (noch weitgehend latente) Widersprüche; progressive Juristen, Polizisten und Soldaten lehnen die ihnen zugedachte Funktion ab und erhöhen so das Risiko des Einsatzes staatlicher Machtmittel.

Diese eben aufgezeigten Tendenzen sind Möglichkeiten, die in der Gegenwart erst in Ansätzen nachweisbar sind. Ob diese Möglichkeiten zu Wirklichkeiten werden, hängt weitgehend von der Strategie der systemkritischen Kräfte ab.

Sollen die DJD angesichts der gesellschaftlichen Zustände in der BRD das Grundgesetz als Illusion, das Parlament als Diener der herrschenden Klasse entlarven und den Kampf gegen Familien, Kirchen, Schulen, Universität, Betrieb, Justiz, Massenmedien, Polizei und Bundeswehr gleichzeitig führen?

Eine derartige Strategie ist für jede Organisation angesichts des politischen Kräfteverhältnisses Irrsinn; für den einzelnen bleibt die Wahl, den Kampf mit Waffengewalt oder dessen Vorbereitung zu führen und damit zum Selbstmörder und Wegbereiter der Reaktion zu werden, oder als Antiautoritärer den Hofnarren des Systems zu spielen. Unsere Einschätzung des ökonomischen Verhältnisses macht eine Zusammenarbeit mit terroristischen (Stadtguerilleros), anarchistischen und langfristig auch nur antiautoritären Gruppen unmöglich.

Eine revolutionäre Situation ist z.Zt. nicht vorhanden und auch nicht machbar; was aber u.U. machbar ist, ist eine Situation, in der die verschleierte Diktatur des Kapitals in einer Form der parlamentarischen Demokratie zu einer offenen Diktatur des Kapitals in der Form des Faschismus wird.

Es bleibt also kein anderer Weg, als trotz aller aufgezeigten Hindernisse die Bevölkerungsmehrheit zu gewinnen. Ansatzpunkt einer derartigen Strategie muß die Tatsache sein, daß die Entwicklung unseres Systems sich zunehmend gegen die Interessen aller Gruppen und Schichten unserer Bevölkerung mit Ausnahme der Kapitaleigner richtet. Es gilt also herauszufinden, an welchen Punkten konkrete Zielgruppen durch diese Entwicklung geschädigt werden, deren Gegenaktionen zu unterstützen und dabei immer wieder auf die wahren Ursachen der Fehlentwicklung hinzuweisen.

Daraus folgt, daß zumindest eine punktuelle Zusammenarbeit nötig ist mit allen gesellschaftlichen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, deren Anspruch den Systeminteressen widerspricht.

→ C.2. Grundsätze der Zwei-Wege-Strategie

92.16 Strategie der beiden Wege

~~Ausgangspunkt der politischen Arbeit der DJD ist der Strategiebegriff der beiden Wege von Herrschalb.~~

Die Jungdemokraten sind sich bewußt, daß demokratische Institutionen wie Gewerkschaften, Parteien, Parlamente im Zuge einer immer stärkeren Verlagerung der Macht auf die staatlichen Exekutivorgane und der gleichzeitig immer weiter fortschreitenden Verflechtung der staatlichen Macht mit der Macht der Monopole und der Großindustrie immer mehr in Gefahr geraten, vorwiegend der Verschleierung bestehender Herrschaftsverhältnisse in unserer Gesellschaft und der Beschwichtigung gegenüber demokratisch-emanzipatorischen Forderungen zu dienen. Da dieser Prozeß (der "Transformation der Demokratie" (Agnoli)) sich vollzieht unter einer immer stärkeren Aushöhlung der im Grundgesetz verankerten Möglichkeiten der emanzipatorischen Entwicklung unserer Gesellschaft durch die Demokratisierung auch der nichtstaatlichen Bereiche - insbesondere der Wirtschaft - und der ständigen Anpassung des Grundgesetzes und der Funktionen der demokratischen Institutionen

an die Bedürfnisse der Großindustrie ("Formierte Gesellschaft", "Konzertierte Aktion", Stabilitätsgesetz, Notstandsgesetze), können die DJD ihre politischen Ziele nur erreichen, indem sie das Grundgesetz, die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und die Parlamente gegenüber den Entmachtungstendenzen durch die Interessenvertreter des Großkapitals verteidigen. Eine wichtige Aufgabe der Jungdemokraten ist daher der Kampf gegen die antiparlamentarische Haltung der politischen Rechten in der BRD.

Eine Verteidigung der demokratischen Institutionen unserer Gesellschaft und ihre progressive Entwicklung sind jedoch über die politischen immer schwächer werdenden Parteien und Parlamente allein nicht möglich, da diese im günstigsten Fall die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zwischen demokratisch-progressiven und reaktionär-konservativen Bewegungen widerspiegeln. Daher muß neben der Unterstützung der Organe der repräsentativen Demokratie und der politischen Arbeit in und mit diesen immer mehr der Versuch, in den verschiedensten Gruppen und Organisationen der Gesellschaft selbst demokratische Initiativen in Gang zu setzen oder zu unterstützen und Modelle emanzipatorischen und antiautoritären Verhaltens zu entwickeln und zu fördern, zum festen Bestand der politischen Arbeit der DJD werden. Die inhaltliche Bestimmung dieser Arbeit darf nicht von der Zustimmung der F.D.P. abhängig gemacht werden.

→ C.2.2. Aufgreifen progressiver Ziele in allen Gruppen der Gesellschaft

Der Versuch, demokratische Entwicklung und Bewußtseinsbildung zu fördern, muß sich auf möglichst alle Teile und Gruppen der Gesellschaft erstrecken. Keine Gruppe außer dem harten Kern des sich in der BRD formierenden Rechtskartells (NPD, rechter Flügel der CDU/CSU usw.) darf "rechts liegen gelassen werden". Auch und gerade diejenigen Gruppen und Organisationen, die wider ihre eigenen langfristigen Interessen dazu neigen, sich zu Vollzugsgehilfen der Herrschaft des Großkapitals zu machen (Bundeswehr, Polizei, Bauern, Beamte, Richter), dürfen bei der Bemühung um ein Ingangsetzen demokratischer Prozesse nicht ausgelassen werden. Von den Folgen der allein auf Profitmaximierung der Großunternehmer ausgerichteten Formierung unserer Gesellschaft werden alle Bevölkerungsgruppen betroffen, insbesondere durch die strukturelle Unterversorgung der öffentlichen Haushalte ("öffentliche Armut") und die daraus sich ergebende Vernachlässigung wichtiger gesellschaftspolitischer Aufgaben wie z.B. Umweltschutz, Bildungswesen, Gesundheitspolitik usw.

Es müssen daher in jeder Gruppe deren eigene liberale, humane, demokratische, progressive und rationale Ansprüche und legitime Interessen ernst genommen und in ihren Konsequenzen bis zum Scheitern an systembedingten Schranken entwickelt werden, um so dann systemkritisches Bewußtsein zu erzeugen.

Hierbei wird es darauf ankommen, daß sich die progressiven Kräfte der Gesellschaft nicht von der Bevölkerungsmehrheit trennen lassen. Vielmehr muß versucht werden, den Kern des Rechtskartells zu iso-

lieren und die in den Jahren seit dem zweiten Weltkrieg in Ansätzen entstandene Identifikation der Bevölkerungsmehrheit mit der liberalen Demokratie als Ausgangspunkt für eine Verteidigung und Fortentwicklung von demokratischen Institutionen zum Tragen kommen zu lassen. Anknüpfungspunkte müssen in Zukunft mehr und mehr bei den konkreten politischen Fragen gesucht werden. Theoretische Fragen, insbesondere der große "utopische Gegenentwurf" einer Gesellschaft, müssen zwar weiter behandelt werden, bei der politischen Arbeit aber hinter der Unterstützung und dem Aufgreifen konkreter Forderungen zurückbleiben. Aus diesem Grund muß auch die Kommunalpolitik ein wesentliches Arbeitsfeld der DJD werden.

C.2.3. Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Gruppen

Die Jungdemokraten können alleine die oben umrissene Strategie auf Grund ihrer beschränkten Mitgliederzahl und Mitgliederstruktur nicht durchsetzen. Sie werden sich daher in gewissem Sinne arbeitsteilig spezialisieren müssen und sind angewiesen auf Bündnisse mit anderen demokratisch-emanzipatorischen Gruppen und Organisationen, insbesondere demokratischen Sozialisten, wobei die Jungdemokraten davon ausgehen, daß diese mit den Liberalen ihre historische Herkunft aus Humanismus und Aufklärung gemeinsam haben und beide in der Emanzipation ihre politische Zielsetzung sehen.

Die Jungdemokraten werden insbesondere ihre radikal-demokratische Zielsetzung betonen und vor allem diejenigen Gesellschaftsgruppen ansprechen müssen, die auf Grund ihrer Ausbildung und ihres Berufes eher als andere die Einschränkung liberaler Bürgerrechte als eine ihren Interessen zuwiderlaufende Entwicklung zu erkennen vermögen. Es handelt sich hierbei vorwiegend um die immer größer werdenden Gruppen der Bevölkerung, die auf Grund ihrer Funktionen in der technischen Leistungsgesellschaft notwendigerweise mit einem überdurchschnittlichen Informations- und Bildungsprivileg ausgestattet sind. ~~Der Kern dieser Gruppen bilden das Bildungsbürgertum und die aufstiegsorientierte Arbeiterschaft. Hierbei ist aber strikt auf eine enge Zusammenarbeit mit denjenigen Organisationen zu achten, die einen starken Rückhalt in allen Schichten der Lohnabhängigen haben (Gewerkschaften, SPD, Jusos).~~

Insbesondere im Kampf gegen das sich formierende Rechtskartell arbeiten die Jungdemokraten mit allen gegen diese Machtkonzentration der politischen Rechten gerichteten Gruppen und Organisationen zusammen, auch wenn diese z.T. mit der Programmatik der Jungdemokraten nicht zu vereinbarende Ziele verfolgen, solange gesichert ist, daß die DJD ihren eigenen Standpunkt deutlich vertreten können. Dabei achten sie darauf, daß sinnlose Provokationen unterbleiben, die auf Grund der dadurch herbeigeführten Polarisierung die Anhängerschaft der Rechten nur vergrößern. Sie lehnen es ab, Beteiligte an Aktionen gegen das Rechtskartell zu veranlassen, das auf Grund zivilrechtlicher Haftung oder strafrechtlicher Verfolgung schwerwiegende persönliche Nachteile für sie zur Folge hätte.

Die Jungdemokraten lassen sich jedoch nicht in die Reihe derer stellen, die auf Grund rein formeller Kriterien durch Gleichsetzung von "Links- und Rechtsextremismus" tendenziell faschistische Bewegungen einerseits mit demokratischen Protestbewegungen andererseits identifizieren, auch wenn letztere sich auf Grund ihrer fortwährenden Frustration durch ein zu keinerlei grundlegenden Reformen bereites Gesellschaftssystem zu irrationalen Protesthandlungen hinreißen lassen. In einem solchen Falle ist es nicht Aufgabe der DJD, durch eine Distanzierung die Verleugnung des rationalen Kerns und der demokratischen Motivation dieses Protestes zu erleichtern, sondern die Betroffenen gegen das Zuschlagen der Macht der Rechten zu verteidigen und die gesellschaftlichen Ursachen des Protestes offenzulegen sowie andererseits die Betroffenen von der Irrationalität und Schädlichkeit ihres Handelns für eine progressive Politik zu überzeugen.

C.2.4. Ziele der Zusammenarbeit mit der F.D.P.

Die Arbeit in den Institutionen der parlamentarischen Demokratie bedeutet für die Jungdemokraten vor allem die Arbeit an einer progressiven Entwicklung der F.D.P.. Dabei sind in der gegenwärtigen Situation folgende Ziele schwerpunktmäßig zu verfolgen:

- a) Verteidigung der bisher rechtlich und institutionell verwirklichten Grundsätze liberaler Politik wie Grund- und Menschenrechte, Demokratie im staatlichen Bereich, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, insbesondere im Kampf gegen das Rechtskartell und dessen Versuch, das Grundgesetz weiter auszuhöhlen und die Macht demokratisch legitimer Organe weiter einzuschränken.
- b) Konsequenter Ausbau und Weiterentwicklung der staatlichen Demokratie durch Verwirklichung liberaler Ziele, die bisher gegen reaktionäre und konservative Gruppen auch in der F.D.P. nicht durchgesetzt werden konnten, wie z.B. Trennung von Kirche und Staat, freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst, konsequente Gewaltentrennung, direkte Formen der Demokratie usw.
- c) Verwirklichung liberaler Prinzipien im gesamten gesellschaftlichen also auch nichtstaatlichen Bereich, insbesondere in der Wirtschaft d.h. Demokratisierung der Gesellschaft.
- d) Schaffung der gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen zur Wahrnehmung der formal garantierten Rechte und zum Funktionieren der für diese Garantie geschaffenen Institutionen, insbesondere durch gleiche Bildungschancen in einem Bildungssystem, das die Bürger in die Lage versetzt, ihre Interessenlage und ihre Rolle in der Gesellschaft klar zu erkennen und sich gemäß dieser Einsicht zu verhalten, durch ein Informationssystem, das dem Bürger die Möglichkeit der realistischen Beurteilung der politischen Situation ermöglicht, durch genügend Möglichkeiten zur politischen Betätigung für jeden Bürger (Arbeitszeitverkürzung, innerparteiliche Demokratie, Mehrparteiensystem und entsprechendes Wahlrecht) sowie durch ein überschaubares, bürgernahes Rechtssystem.

**B** Schaffung der bewußtseins- und verhaltensmäßigen Voraussetzungen für Demokratie in Staat und Gesellschaft, vor allem durch Einschränkung der auf autoritäre Verhaltensweisen zielenden Wirkung der "Ideologiefabriken" Familie, Kirche, Schule, Bundeswehr, Massenmedien usw.

f.) Überwindung der Diskrepanz zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum, d.h.: der auf dem Prinzip der gesellschaftlichen Produktion bei privater Aneignung der Gewinne beruhenden strukturellen Unterversorgung der staatlichen Stellen mit Finanzmitteln für langfristige gesellschaftliche Investitionen; Aufgeben der Orientierung der Wirtschafts-, insbesondere der Investitionspolitik am rein quantitativen Zuwachs des Sozialproduktes und daher an der Profitmaximierung der Unternehmen zu Gunsten einer qualitativen Steuerung des Sozialproduktes im Sinne der vorrangigen gesellschaftlichen Aufgaben.

g) Konsequente Weiterentwicklung der Ansätze zu einer realistischen, friedlichen, nicht imperialistischen Außen- und Verteidigungspolitik, Unterstützung einer europäischen Sicherheitskonferenz zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, Lösung der Bindungen zum US-Imperialismus, Schaffung eines rein defensiven und weniger aufwendigen Verteidigungssystems; konsequente Einbeziehung der EWG in die Demokratisierungsbestrebungen.

~~C.2.5. Selbstverständnis der F.D.P.~~

Um die F.D.P. in diesem Sinne zu einer wirksamen, progressiven politischen Kraft zu entwickeln, müssen die Jungdemokraten folgende Grundsätze in der F.D.P. zu verwirklichen suchen:

a) Das Selbstverständnis der DJD muß immer mehr auch für die F.D.P. verbindlich werden, d.h. die F.D.P. muß eine linksliberale, radikal-demokratische Partei werden, die gemeinsam mit demokratischen Sozialisten die Emanzipation des Menschen durch politische Arbeit in allen gesellschaftlichen - d.h. auch den nichtstaatlichen - Bereichen zu verwirklichen versucht.

b) Die F.D.P. ist keine Volkspartei, sie muß daher ihre Programmatik und ihr Wahlkampfverhalten auf eine klar umrissene Zielgruppe ausrichten, und zwar auf denjenigen Teil der Bevölkerung, der im Augenblick am ehesten als Träger demokratischer Ideen wirken kann: Bildungsbürgertum und aufstiegsorientierte Arbeiterschaft; zusätzlich muß eine Politisierung der noch weitgehend unpolitischen Frauen durch ein gezieltes Programm zur Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau in Gang gebracht werden; insbesondere sind junge Bevölkerungsgruppen anzusprechen und vor einem Abgleiten in konservative Lager für eine progressiv-liberale Politik zu gewinnen.

c) Die Personalstruktur in den Parteigremien muß schneller als bisher dem Stand der Meinungsbildung in der Partei angepaßt werden. Dazu sind insbesondere die Verfahren zur Wahl von Delegierten

und Mandatsträgern zu überprüfen (Wahlen in kürzeren Abständen). Gleichzeitig muß eine Verbesserung der innerparteilichen Demokratie, insbesondere durch Herstellung der Parteiöffentlichkeit, in allen Beschlußgremien erreicht werden.

d) Von den programmatischen Zielen der F.D.P. müssen in den Parlamenten und Regierungen insbesondere bei Koalitionsbildung statt wie bisher die konservativen Teile zu Lasten der progressiven umgekehrt die fortschrittlichen zu Lasten der weniger progressiven Ziele durchgesetzt werden.

C.2.6. Taktisches Verhalten bei der Zusammenarbeit mit der F.D.P.

Für das Verhalten der Jungdemokraten beim Versuch der Fortentwicklung der F.D.P. muß von folgenden Leitlinien ausgegangen werden:

a) Die Jungdemokraten müssen bei ihrer Argumentation von ursprünglichen humanistischen, aufklärerischen, demokratischen, emanzipatorischen Zielsetzungen des Liberalismus ausgehen und auf einer Herleitung aller konkreten politischen Forderungen und Handlungen aus dieser Zielsetzung bestehen. Auch die F.D.P. muß bei ihrem eigenen Anspruch gepackt werden. Die Vertauschung von Mitteln zur Erreichung dieser Ziele wie Privateigentum an Produktionsmitteln, Erbrecht, Orientierung der Wirtschaft am Profitinteresse der Unternehmer usw. mit den Zielen selbst muß überwunden werden. Die F.D.P. muß von der Partei des Eigentums, d.h. der Grobeigentümer an Produktionsmitteln, wieder zur Partei der Freiheit der größtmöglichen Zahl werden.

b) Die Jungdemokraten müssen sich durch intensive und konstruktive Mitarbeit in allen Parteigremien und im Wahlkampf für die Partei unentbehrlich machen.

c) Die Jungdemokraten gehen von einem instrumentellen Verhältnis zur Partei aus, d.h. sie sehen in Parteien Instrumente zur Durchsetzung politischer Ziele und in ihrer Existenz keinen Selbstzweck. Insbesondere ist es nicht mit dem Selbstverständnis der Jungdemokraten vereinbar, auf die Durchsetzung politischer Ziele nur deshalb zu verzichten, um einer mehr dem Namen nach liberalen Partei einige Prozent Wählerstimmen aus dem konservativen Lager nicht zu vergraulen.

Bei der Alternative, vorübergehende Wählerverluste hinzunehmen oder auf eine progressive Entwicklung der Partei zu verzichten, ist deshalb dem ersteren der Vorzug zu geben.

d) Die Jungdemokraten legen die Inhalte ihrer politischen Ziele unabhängig von der Durchsetzbarkeit in der F.D.P. fest. Bei dem Versuch der Durchsetzung in den F.D.P.-Beschlußgremien ist jedoch auf die Notwendigkeit der Überwindung der 5%-Klausel Rücksicht zu nehmen. Dies wird um so leichter möglich sein, als die F.D.P. immer mehr auf eine radikaldemokratisch, antiautoritär und rational eingestellte Wählerschaft aus vorwiegend jüngeren Bevölkerungsgruppen angewiesen ist.

e) Die Jungdemokraten lassen sich nicht auf bedingungslose Unterstützung der F.D.P.-Politik festlegen. Sie machen insbesondere ihre Wahlkampfunterstützung und ihre Mitarbeit beim organisatorischen Ausbau der Partei einschließlich der Mitgliederwerbung abhängig von der personellen Zusammensetzung der jeweiligen Parteiorgane, von Koalitionsabsichten und den Inhalten von Wahl- und Aktionsprogrammen. Es muß zum Selbstverständnis werden, daß nicht jeder Kandidat der F.D.P. mit Wahlkampfhilfe der Jungdemokraten rechnen kann, sondern daß diese im Wahlkampf alle ihre Einsätze gezielt auf die Unterstützung solcher Kandidaten konzentrieren, die ihrerseits zu einer Zusammenarbeit mit den Jungdemokraten bereit sind.

### C.2.7. Verhältnis der beiden Wege der Strategie

Die beiden Wege der Strategie der Jungdemokraten sind keine alternativ zu sehenden oder voneinander unabhängigen Teile eines Konzepts. Sie tragen lediglich der Einsicht Rechnung, daß Änderungen der politischen Verhältnisse in unserer Gesellschaft weder ohne eine Bewußtseinsänderung der Bevölkerung, die dieser die Artikulation demokratischer Forderungen und die Selbstorganisation zu deren Durchsetzung ermöglicht, noch eine Sanktionierung der so neu entstandenen Machtverhältnisse durch Parlamente, durchsetzbar sind. Schafft die Arbeit in den Parteien und Parlamenten erst die Möglichkeit, daß Freiheitspielräume für demokratische Initiativen erhalten oder geschaffen werden können, so können erst auf Grund einer Änderung des politischen Bewußtseins einschließlich des Wahlverhaltens in den Parlamenten wieder grundlegende Entscheidungen für die Weiterentwicklung der Demokratie erwartet werden. Für die Jungdemokraten ist die Arbeit in allen Bereichen der Gesellschaft und die Zusammenarbeit mit anderen progressiven Gruppen vor allem auch ein Mittel gegen die Gefahr der reibungslosen Integration in die Parteienarbeit ohne ernsthafte Fortschritte im Selbstverständnis der Partei und der Festlegung auf traditionellen F.D.P.- Kurs.

### C.2.8. Strategie der systemüberwindenden Reformen

Die Strategie der Jungdemokraten hat systemüberwindenden Charakter, indem sie auf Minimierung der Herrschaft von Menschen über Menschen, den Abbau der Möglichkeit, sich die Produkte fremder Arbeit anzueignen und die Demokratisierung zum Ziel hat. Die Strategie der Jungdemokraten schließt eine Revolution im Sinne eines punktuellen Umsturzes mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats aus. Die Jungdemokraten gehen davon aus, daß eine revolutionäre Situation weder gegeben ist noch herbeigeführt werden kann oder sollte.

Für Jungdemokraten ist daher der Ausschluß von Gewaltanwendung als Mittel der Politik in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit. Ebenso kommt für sie die Bildung revolutionärer Kader zum Aufbau einer kommunistischen Kampforganisation für die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht in Frage. Dogmatischer Kommunismus oder Marxismus in diesem Sinne widerspricht den Grundsätzen der Jungdemokraten. Eine wichtige Konsequenz für die Politik der Jungdemokraten

ist es, daß sie alle Handlungen vermeiden, deren politische Folgen fast ausschließlich in einer Manifestierung der Macht des Rechtskartells sind. Die Erkenntnis, daß kapitalistische Wirtschaftsordnungen potentiell faschistisch sind, verpflichtet zum Kampf gegen diese Gefahr und nicht zur Provokation der in diese Richtung drängenden Kräfte, wenn diese nicht wirksam bekämpft werden können.

### C.2.9. Verbandsinterne Auseinandersetzungen

Bei der internen Auseinandersetzung ist es für einen radikal-demokratischen, auf Rationalität verpflichteten, liberalen Verband selbstverständlich, daß auch mit von verbindlichen Beschlüssen abweichenden Meinungen die argumentative Auseinandersetzung weitergeführt wird und diese nur im äußersten Falle zur Abwendung schwerer Schäden vom Verband zu Gunsten anderer Mittel "politischer Auseinandersetzung" aufgegeben werden können.

Die Jungdemokraten, die von der F.D.P. mehr innerparteiliche Demokratie fordern, müssen diese vorbildlich insbesondere durch Tolerierung von Minderheiten im eigenen Verband praktizieren. Vor allem sind Ausschlüsse aus dem Verband nur als wirklich letztes Mittel anzusehen, den Verband vor schwerem Schaden durch schwerwiegende oder wiederholte Verstöße gegen Statuten oder Beschlüsse des Verbandes zu schützen, in Betracht zu ziehen. In jedem Falle ist darauf zu achten, daß mit Mitgliedern, denen bewußt verbandsschädigendes Verhalten nachgewiesen ist, Sympathisanten nicht gleich mit ausgeschlossen werden, und so Ausschlüsse zu Mitteln politischer Richtungskämpfe werden, mit deren Hilfe die jeweilige Mehrheit sich einer unbequemen Minderheit entledigt.

Die Jungdemokraten, die sich um die Aktivierung gerade auch von Mitgliedern der ehemaligen APO für den langen Marsch durch die Institutionen und insbesondere für die Mitarbeit in Parteien bemühen, sollten nicht durch Ausschlüsse von engagierten Mitgliedern, die sich der Mehrheitsmeinung noch nicht anschließen können, diese in ihren Auffassungen und Verhalten bestärken und so auf eine nach Auffassung der Jungdemokraten für eine progressive Politik schädliche Haltung festlegen, sondern versuchen, das Engagement dieser Mitglieder durch bessere Argumentation für die vom Verband verfolgte Strategie zu gewinnen. Insbesondere muß es für die Jungdemokraten unzulässig sein, eine Ablehnung politischer Standpunkte und vor allem Ausschlüsse von Mitgliedern wortfetischistisch mit plakativen Bezeichnungen wie Reformist, Revisionist, Revolutionär, Marxist usw. zu begründen; ausschlaggebend muß in jedem Falle die inhaltliche Aussage und das Verhalten der Betroffenen sein.

### C.3. Funktion und Praxis der Basisarbeit

Diese Strategie hängt in der Luft, wenn nicht dahinter mobilisierte, artikulierte und organisierte Bedürfnisse stehen. Die gesellschaft-

lichen Auseinandersetzungen um die Veränderung der herrschenden Verhältnisse spielen sich nicht nur im Bereich der Institutionen und Organisationen ab, sondern treten in vielfältigen Erscheinungsformen in allen Lebensbereichen auf.

Aber auch die Aufhebung der Nebenwidersprüche gehört zu einer umfassenden Veränderung der Gesellschaft. Die DJD als nicht im Produktionsbereich verankerte Jugendorganisation werden im Rahmen dieses Feldes gesellschaftlicher Auseinandersetzungen einen Beitrag zur Politisierung von Jugendlichen leisten.

Kernpunkte systemkritischer Jugendarbeit sind:

- a) Jugendarbeit ist Teilprozeß der sekundären Sozialisation, die wesentlich bedingt ist durch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Jugendarbeit ist damit immer systembedingt.
- b) Progressive Jugendarbeit in der BRD und West-Berlin wird daher nicht nur gegen autoritäre Charakterstrukturen, sondern auch gegen die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse kämpfen. Daher ist Jugendarbeit immer politisch und progressive Jugendarbeit immer systemkritisch.
- c) Systemkritische Jugendarbeit, die den Anspruch ernst nimmt, der individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation zu dienen, kann sich nicht auf ergänzende Freizeitgestaltung und akademische Bildungsveranstaltung beschränken, sondern ist Vorbereitung und Teil systemüberwindender Praxis.
- d) Inhalte, Arbeitsformen und Organisationsstrukturen der Jugendarbeit sind daher entscheidend unter strategischen Gesichtspunkten zu bestimmen, ohne die klassenspezifisch unterschiedlichen Sozialisations- und altersmäßigen Entwicklungsprozesse zu vernachlässigen.
- e) Systemkritische Jugendarbeit unterscheidet sich von anderen Formen politischer Praxis insbesondere dadurch, daß sie sich bemüht, die individuelle Konstitution zu berücksichtigen, die gemeinsamen Erfahrungen aufzuarbeiten und auch Experimente zu wagen.

Aus diesen allgemeinen Überlegungen ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Der strategische Punkt, an dem die Organisation von Jugendlichen geschehen muß, ist der jeweilige Arbeitsbereich, d.h., bei Jugendlichen der Ausbildungsbetrieb (Lehrlinge) oder die Schule (Oberschüler).
- Die Jugendlichen sollen sich in Kleingruppen (Kollektive, Basisgruppen usw.) organisieren, um so die Vermittlung von individueller und gesellschaftlicher Emanzipation leisten zu können.

Diese Arbeitsweise ermöglicht die Erfahrung von Solidarität, die Stärkung von Selbstbewußtsein und politisches Handeln. Sie nimmt die

Impulse der antiautoritären Basisarbeit auf, ohne sie als umfassende politische Strategie zu verzerren. Die Bildung von Kollektiven ist die Möglichkeit, Jugendlichen, die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse frustriert und "kaputt" sind, die Chance einer erreichbaren und helfenden Perspektive zu geben. Sie ist insofern sozial.

Gruppenarbeit will durch gemeinsames theoretisches Studium (Schulung) die individuellen Probleme auf ihre gesellschaftlichen Ursachen zurückführen, die Vermittlung der konkreten Umwelt mit den gesellschaftlichen Verhältnissen leisten, den dialektischen Zusammenhang von individueller und gesellschaftlicher Emanzipation klären und so rationale Entscheidungen frei von Trieb-, Real- und Gewissensängsten ermöglichen. Sie ist insofern demokratisch.

Die Zusammenarbeit in einer überschaubaren Gruppe ermöglicht, den politischen Standpunkt frei von Zwang und Druck in der Auseinandersetzung mit anderen zu entwickeln. Gruppenarbeit kann experimentieren weil sie keinen umfassenden politischen Anspruch stellt. Sie ist insofern pädagogisch.

Systemkritische Jugendarbeit bemüht sich um Veränderungen zumindest im unmittelbaren Lebensbereich der Betroffenen, sie vermittelt auf einer konkreten Ebene die Erfahrung der Machbarkeit von Gesellschaft. Sie ist insofern politisch.

Auch diese politische Praxis braucht die Zusammenarbeit mit anderen. Für die arbeitenden Gruppen wird es in erster Linie darauf ankommen, örtlich und regional mit Gruppen aus dem gleichen Praxisbereich (Lehrlinge bzw. Schüler) einen kommunikativen und organisatorischen Zusammenhang herzustellen, Erfahrungen auszutauschen und in gemeinsamen Aktionen ihre Position zu vereinheitlichen.

Diese Zusammenarbeit wird aber provinziell bleiben, wenn sie nicht durch eine Zusammenarbeit auf der Ebene der Verbände und Jugendorganisationen ergänzt wird.

Nachdem es schon innerhalb des Bundesjugendringes eine Politisierung gegeben hat und die traditionell jugendpflegerischen Verbände begriffen haben, daß sie politisch sind und sein müssen, wird es den jugendpolitischen Verbänden im RPJ zu vermitteln sein, daß sie Jugendverbände sind. Als erste Konsequenz aus diesen Überlegungen sollten sich sowohl auf Kreis- wie Landes- und Bundesebene Arbeitsgruppen aus Vertretern der progressiven Jugendverbände bilden, um grundsätzliche, inhaltliche und organisatorische Fragen der politischen Jugendarbeit zu diskutieren, die traditionellen und unbegründeten Unterschiede der Verbände zu überwinden, eine gemeinsame Perspektive und Praxis zu entwickeln und die unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte zu koordinieren.

II.

# Duisburger Manifestentwurf (Auszüge)



1. Historische und Gegenwartsanalyse

1.a. Erläuterung

Der nachfolgende Auszug stellt die Erweiterung, Verbesserung und Konkretisierung des Teils B.1. des "Leverkusener Manifest" dar. Die damals sehr knappe Darstellung führte im Verband zu Mißverständnissen und Unklarheit darüber, wie nun die geschichtliche Funktion des Liberalismus einzuschätzen sei, ob wirklich die im Teil B.1. angesprochene Gruppe "Bildungsbürgertum" die Zielgruppe liberaler Politik sei etc. Deshalb hat sich der AK Grundsatzfragen mit diesen Fragen 1971 besonders intensiv beschäftigt. Als Ergebnis legte er den hier abgedruckten Teil des Duisburger Manifestentwurfs vor. Als nochmalige Ergänzung und Erläuterung kann der Teil III.3.1. herangezogen werden.

1.b. Auszug aus dem Duisburger Manifestentwurf

” B. Analyse

B.1 Historische und Gegenwartsanalyse des Liberalismus

Vorbemerkung:

Der Grad möglicher Emanzipation in einer bestimmten Gesellschaft kann nicht abstrakt bestimmt werden, sondern nur in Abhängigkeit vom jeweiligen Stand der Produktivkräfte - der Produktionsmittel einerseits, der Planungsinstrumente andererseits. Emanzipation setzt die Beseitigung des Mangels voraus, Produktionssteigerung ist also ein notwendiger Teilaspekt dieses Prozesses. Auch die Frage, ob eine politische Bewegung die Emanzipation vorantreibt oder behindert, läßt sich nicht abstrakt bestimmen. Die Geschichte politischer Ideen allein kann nicht erklären, wie eine politische Bewegung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu beurteilen ist. Zu fragen ist vielmehr nach deren materieller Basis, zu fragen ist nach den Veränderungen der Produktivkräfte und mit ihnen der Gesellschaft, kurz: Zu fragen ist, wer die gesellschaftlichen Träger dieser Ideen sind, welchen Interessen diese Ideen dienen und welchen Interessen sie entgegenstehen.

Der politische Liberalismus ist historisch entstanden als Emanzipationsbewegung des Besitzbürgertums im Frühkapitalismus gegen den feudalen Staat. Eine sozialistische Bewegung im marxistischen Sinne war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, da dessen Subjekt, das Industrieproletariat, erst im Entstehen war.

Ende des 19. Jahrhunderts machte die Weiterentwicklung der Produktivkräfte auch in Deutschland die Überwindung des Feudalismus als Gesellschaftssystem notwendig. Das aufkommende Proletariat (gekennzeichnet durch Nichtbesitz an Produktionsmitteln und damit durch den Zwang, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen) kämpfte zusammen mit dem Bürgertum gegen den feudalen Staat; so erklärt es sich, daß Liberale zu den Begründern der Gewerkschaftsbewegung gehörten.

Schon früh zeigte sich jedoch, daß trotz des gemeinsamen Gegners die Interessen der Bündnispartner unterschiedlich waren:

Mit weitgehender Durchsetzung der bürgerlichen Forderungen (Rechtsstaatlichkeit, Berechenbarkeit staatlichen und privaten Handelns, Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, Glaubens- und Meinungsfreiheit, Volkssouveränität und Parlamentarismus) wurde der Großteil der liberalen Bewegung zu einer bewahrenden politischen Macht. Der Liberalismus verteidigte den Besitzstand des Bürgertums gegen noch vorhandene feudale Strukturen und gegen eine Wiederkehr des Feudalismus; er wandte sich aber auch immer mehr gegen die wachsende Macht des Proletariats.

Dies brachte den Großteil der liberalen Bewegung (Nationalliberale) schließlich in zunehmendem Maße in die politische Abhängigkeit der Konservativen.

Die Rolle der gesellschaftsverändernden Kraft übernahmen die Sozialisten, die sich aber gegen die vereinigte Macht der Konservativen und Nationalliberalen nicht durchsetzen konnten.

Die freie Konkurrenz selbständiger Produktionsmittel - Eigentümer führt gesetzmäßig zur Bildung von Großkonzernen mit Monopolcharakter; sie führt also zu ihrer eigenen Auflösung. Gesellschaftlich stellt sich diese Erscheinung dar als Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus.

Unabhängig vom Gesellschaftssystem erfordert die wirtschaftliche Weiterentwicklung größere Produktionseinheiten; im Rahmen des kapitalistischen Systems konzentriert sich dadurch die wirtschaftliche und mit ihr die politische Macht bei immer weniger Großunternehmen. Viele mittlere und kleinere Unternehmer verlieren dadurch ihre Existenz und werden in die Lohnabhängigkeit herabgedrückt; andere klammern sich trotz sinkendem Gewinn an ihre Selbständigkeit, eine weitere Gruppe schließlich gerät bei formaler Unabhängigkeit in die faktische Abhängigkeit eines Großunternehmens. (Zulieferer z.B. bei AEG, Daimler-Benz, VW, Siemens).

Das Besitzbürgertum als bisheriger Träger der liberalen Idee verliert demnach durch den Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus immer mehr seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß oder hat ihn bereits verloren. Um diese Entwicklung zu verhindern, sind drei Auswege denkbar:

1. Bürgerblock

Er hat die Möglichkeit, sich an seine bedrohte gesellschaftliche Stellung zu klammern. So hat sich der Großteil der liberalen Bewegung (Nationalliberale, FDP) bis vor kurzem(?) mit den Konservativen und anderen Vertretern des Großkapitals zum Widerstand gegen den Sozialismus vereinigt; sie unterstützten somit ihre eigenen Henker.

Dieses Bürgerblock-Denken macht blind für die Gefahr von rechts; so kam es, daß selbst Liberale wie Heuss und Maier 1933 für das Ermächtigungsgesetz stimmten.

Eine Bürgerblock-Politik

- entspricht den kurzfristigen Interessen der kleinen Gewerbetreibenden, denn das Großkapital muß, um diese Verbündeten zu halten, gewisse Zugeständnisse machen (Mittelstands-Politik)
- entspricht deren subjektiven Interessen, denn der Mittelstand ist traditionell anti-sozialistisch und anti-gewerkschaftlich eingestellt und das Großkapital und seine Diener verstehen es hervorragend, Schrebergärtnern und Würstchenbudenbesitzern einzureden, Angriffe auf das Eigentum und Erbrecht der Milliardäre würden sich auch gegen ihren kleinen Besitz richten.
- widerspricht ihren objektiven Interessen, denn auch Zugeständnisse taktischer Art können die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft nicht außer Kraft setzen, und zu diesen Bewegungsgesetzen gehört eben die ständige Konzentration des Privateigentums an Produktionsmitteln in immer weniger Händen.

### 2. Faschismus

Es ist die Möglichkeit, in romantischer Rückbesinnung seine Zuflucht zu suchen; diese Tendenz macht den gesellschaftlich absinkenden Teil des Bürgertums anfällig für faschistische Bewegungen.

Der Faschismus

- widerspricht den kurzfristigen Interessen von Mittelstand und Kleinbürgertum, denn die historische Erfahrung zeigt, daß der Faschismus gerade nicht zum "Kauf gegen die Hochfinanz" (NSDAP-Programm 1924) führt, sondern zur Verstärkung von Konzentration und Monopolbildung mit massiver Unterstützung durch den Staat
- entspricht deren subjektiven Interessen, denn der Faschismus kommt mit seiner antikapitalistischen Rhetorik und seiner antisozialistischen Theorie und Praxis den Vorstellungen insbesondere des Kleinbürgertums sehr entgegen
- widerspricht ihren objektiven Interessen, da die Nachteile der Bürgerblock-Politik für den Faschismus noch verstärkt zutreffen

### 3. Überwindung des kapitalistischen Systems

Somit bleibt diesem Teil des Bürgertums als rationale Alternative nur die Möglichkeit, die geschichtliche Entwicklung vorwegzunehmen und sich nicht in unterschiedsloser Verteidigung des "Privateigentums" mit dem Großkapital zu solidarisieren. Vielmehr kann der politisch bewußte Teil des Mittelstandes und des Kleinbürgertums auf Grund der Entwicklung mitwirken an einer Emanzipationsbewegung der Lohnabhängigen zur Überwindung des kapitalistischen Systems. Derjenige Teil des "Besitzbürgertums", der sich nicht offen mit dem Großkapital solidarisiert, kommt damit als Träger einer liberalen Bewegung in Frage.

Die Überwindung des kapitalistischen Systems

- widerspricht den kurzfristigen Interessen von Mittelstand und Kleinbürgertum, da deren Lage im gegenwärtigen Gesellschaftssystem zum Großteil besser ist als die anderer Lohnabhängiger
- widerspricht deren subjektiven Interessen, da eine Systemüberwindung nur im Bündnis mit den traditionellen Gegnern des Bürgertums, nämlich der in sozialistischen Gruppen und Gewerkschaften organisierten Arbeiterbewegung zu erreichen ist
- entspricht ihren objektiven Interessen, indem sie eine geschichtlich nicht vermeidbare Entwicklung vorwegnehmen und mitwirken an einer Emanzipationsbewegung der Bevölkerungsmehrheit gegen das Großkapital

Auf Grund der geschichtlichen Erfahrung ist festzustellen, daß das Bürgertum (mit Ausnahme des Großkapitals) als traditioneller Träger des Liberalismus

- im Regelfall zum Bürgerblock-Denken neigt,
- in Krisensituationen den Faschismus unterstützt,
- nur durch sehr intensive Arbeit, wenn überhaupt, für eine Überwindung des kapitalistischen Systems zu gewinnen ist.

Eine grundsätzliche Änderung dieser traditionellen Orientierung des Liberalismus ist nur möglich, wenn er zusätzlich zu der bisherigen gesellschaftlichen Basis neue Bevölkerungsgruppen gewinnt.

Eine derartige "neue" Bevölkerungsgruppe ist die wissenschaftlich-technische Intelligenz: Sie befindet sich zwar faktisch in der gleichen Lage wie andere Lohnabhängige auch, d.h. sie kann arbeiten oder aber nicht essen. Ideologisch neigt sie nicht zum Sozialismus, sondern eher zu technokratischen Vorstellungen und zur Vertretung der traditionellen Ansprüche des Liberalismus. Die wissenschaftlich-technische Intelligenz ist nicht im gleichen Maße wie die traditioneller Träger des Liberalismus anti-sozialistischen und anti-gewerkschaftlichen Vorstellungen verhaftet; die Vermittlung systemkritischen Denkens ist daher bei dieser Gruppe leichter möglich.

Für die Jungdemokraten als liberalen Verband ergibt sich aus der historischen und gegenwärtigen Analyse des Liberalismus folgende Aufgabenstellung:

Da die Vermittlung systemkritischen Gedankenguts und damit einer systemüberwindenden Perspektive bei den möglichen Trägern einer emanzipatorischen Bewegung mit liberalem Anspruch nicht an deren objektiven Interessen, sondern an deren kurzfristigen und subjektiven Interessen zu scheitern droht, müssen die Jungdemokraten bei Gruppen der Bevölkerung ansetzen, bei denen die gefühlsmäßige Bindung an das kapitalistische System noch nicht ausgeprägt ist und bei solchen, deren kurzfristige Interessen dem Kapitalismus widersprechen.

Ansprechpartner der Jungdemokraten sind daher insbesondere folgende Gruppen (die sich natürlich überschneiden können):  
- Mädchen und Frauen als die Bevölkerungsgruppe, deren Unterdrückung die längste Tradition hat

- Lehrlinge als die Bevölkerungsgruppe, die am meisten ausgebeutet wird
- Schüler und Studenten als die Bevölkerungsgruppen, die bei einem vergleichsweise hohen Informationsstand am ehesten in der Lage sind, die gesellschaftlichen Ursachen von Bildungskatastrophe und Fachidiotenproduktion zu erkennen und Autoritätskonflikte leichter austragen können als Mädchen und Lehrlinge
- Beschäftigte im Ausbildungssektor und sozialen Berufen, bei denen der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit ihrer Tätigkeit am deutlichsten wird
- langfristig ein bedeutender Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz

Ein Grundsatzprogramm kann die konkrete Analyse erleichtern, nicht aber ersetzen:

Welcher Zielgruppe sich die Jungdemokraten besonders intensiv widmen, läßt sich daher nicht generell festlegen, sondern hängt von der Situation der einzelnen Kreis- und Bezirksverbände und von den Verhältnissen an den jeweiligen Orten ab. Für die Bestimmung der Haupt-Zielgruppen ist insbesondere von Bedeutung, welche der möglichen Zielgruppen bereits in ausreichendem Maße von anderen demokratischen Gruppen "betreut" werden. So wird es z.B. in manchen Großstädten mit starken Jungsozialisten-, SDAJ- und Gewerkschaftsjugend-Gruppen am sinnvollsten sein, sich auf Schüler- und Frauenarbeit zu konzentrieren. In anderen Gebieten kann es dagegen notwendig sein, mit Vorrang Lehrlingsarbeit zu betreiben.

Diese Praxis ist Folgerung der Erkenntnis, daß Liberalismus und Sozialismus nicht wie Feuer und Wasser, sondern in ihrem emanzipatorischen Anspruch durchaus vergleichbar sind. Auch die materialistische Analyse zeigt, daß die gesellschaftlichen Träger beider Bewegungen einander nicht mehr feindlich gegenüber stehen müssen, daß vielmehr das Interesse beider die Zusammenarbeit erfordert. Fernziel der politischen Arbeit der Jungdemokraten muß daher die Mitwirkung an einer gemeinsamen emanzipatorischen Bewegung aus Liberalismus und Sozialismus sein.

”

## 2. Wettbewerbsideologie und Wirklichkeit

### 2.a. Erläuterung

Der Prozess der Konzentration des Kapitals und des Ausschaltens der von Altliberalen immer wieder hochgelobten Konkurrenz ist im "Leverkusener Manifest" nicht in der Ausführlichkeit behandelt worden, wie es dieses Problem, das in der Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern des kapitalistischen Wirtschaftssystems immer wieder in den Mittelpunkt rückt, verdient.

Weiter ist bei der Beurteilung dieses Wirtschaftssystems aus liberaler Sicht, d.h. unter Anwendung der in der "Zielsetzung" aufgestellten Kriterien, die Frage, ob der Kapitalismus wirklich das für die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung die am optimalsten strukturierte Wirtschaftsform ist, von größter Wichtigkeit.

Zur Beantwortung dieser Frage sollte der folgende Abschnitt, der im Duisburger Manifestentwurf vor dem Teil "Staat und Wirtschaft" eingeschoben werde, Material liefern.

### 2.b. Auszug

#### ” B.2.2 Wettbewerbsideologie und Wirklichkeit

Ziel der Wirtschaftspolitik muß die optimale Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung sein. Dieses Ziel wird nach der vorherrschenden liberalen Wirtschaftstheorie am ehesten erreicht durch die freie Konkurrenz vieler Betriebe und private Unternehmerinitiative: Im freien Wettbewerb der Unternehmen um die Gunst des Käufers sei dieser König im gesamten Wirtschaftsprozeß, von seinen Bedürfnissen und Entscheidungen hänge letztlich der Verlauf der Produktion ab, seinen Wünschen müßten sich die Hersteller mit maximaler Geschwindigkeit anpassen. Auf Grund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Fortschritte (z.B. auf den Gebieten der Elektrizität, Chemie, Stahlerzeugung) waren schon sehr bald große Kapitalien notwendig, um Produktionsgrößen zu erreichen, die rentabel produzieren konnten. Die Kosten, die zur Schaffung dieser Industrien eingesetzt werden mußten, waren so hoch, daß nur diejenigen, die im bisherigen Konkurrenzkampf vergleichsweise führend waren, dort einsteigen konnten. Auf Grund der wesentlich höheren Gewinne in diesen Bereichen konnten sie ihre Vormachtstellung immer weiter ausbauen. Dadurch verschärfte sich der Existenzkampf für alle diejenigen Unternehmen, die auf diesen Gebieten nicht hatten investieren können. Viele bis dahin selbständige Betriebe mußten und müssen ihre Unabhängigkeit aufgeben. Die wirtschaftliche Macht konzentrierte sich immer mehr in den Händen von relativ wenigen Unternehmen. Konzerne, Fusionen, Kartelle im nationalen und internationalen Rahmen nahmen immer mehr zu. Um einen vergleichsweise ruinösen Konkurrenzkampf durch Unterbieten der Preise auszuschalten, wurden Absprachen getroffen, damit trotz verbilligter Massenproduktion die Gewinnspanne nicht nur gehalten, sondern teilweise sogar erweitert werden konnte.

Die Geschichte des Konkurrenzkampfes im Kapitalismus zeigt demnach, daß er sich durch seine Eigendynamik selbst ausschaltet.

In der BRD ist diese Entwicklung schon so weit gediehen, daß gegenwärtig die 50 größten Industriebetriebe 42 % des Gesamtumsatzes bestreiten und ihr Anteil weiter steigt. In Branchen wie Mineralöl-, Tabak- und Fahrzeugindustrie, liegt der Anteil der 4 größten Unternehmen am Gesamtumsatz der jeweiligen Branche bei über 80 %. Es zeigt sich, daß der Wettbewerb schon längst nicht mehr die Rolle spielt, die ihm seine Verteidiger zusprechen, obwohl seine Theorie diesem System noch als Rechtfertigungsbasis dient ("Der Wettbewerb ist und bleibt die Grundlage unserer Wirtschaftsordnung"- Bundeskartellamt 1967). Die Begriffe "Wettbewerb" und "Konkurrenz" diegen heute weitgehend der Verschleierung der wahren Machtverhältnisse in der Wirtschaft; Wettbewerb und Konkurrenz sind schon lange nicht mehr die Mechanismen, die den Unternehmen die größtmögliche Rentabilität garantieren.

Mit zunehmender Ausschaltung des Wettbewerbs verliert der Konsument seinen Einfluß, da das Unternehmen keinen Konkurrenzkampf mit anderen befürchten muß. Darüber hinaus ist der Produktions- und Verteilungsapparat so kompliziert, daß ein großer Konzern kaum noch in der Lage ist, sich flexibel veränderten Bedürfnissen seiner Konsumenten anzupassen.

Wechselnde Bedürfnisse können zu einer Bedrohung seiner Existenz werden. Aus diesem Grunde muß sich die langfristige Planung der Unternehmen auch auf die Bedürfnisse selbst erstrecken, die teils erforscht, teils produziert, auf jeden Fall aber für den Produzenten nutzbar gemacht werden müssen. Dabei ist der Ausgangspunkt aber nicht das Ziel der optimalen Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten, sondern die Anpassung eben dieser Bedürfnisse an die Absatzfordernisse der Industrie, um so eine maximale Auslastung und Rentabilität der Unternehmen zu garantieren.

("An die Stelle der Produktion für die Bedürfnisse ist die Produktion der Bedürfnisse getreten" Heiner Bremer)

Zusammengefaßt heißt das: Die Großkonzerne verhalten sich rationaler im Sinne der Profitmaximierung, da sie weniger als andere den blinden Mächten des Marktes unterworfen und langfristiger planen können.

”

### 3. Zur Geschichte der BRD

#### 3.a. Erläuterung

Als Einstieg zu den Teilen B.3. - B.5. des "Leverkusener Manifests" dient im "Duisburger Manifestentwurf" der hier abgedruckte Teil.

Es ging dabei besonders darum, die in den genannten Teilen angesprochenen Themen (Rolle der Parteien, Ideologiebildung etc.) in den historischen Zusammenhang der politischen Entwicklung der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg zu stellen.

#### 3.b. Auszug

### ” B. 3. Analyse der politischen Verhältnisse in der BRD

#### B. 3.0. Vorbemerkung: Zur Geschichte der BRD

"Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.

Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht mißbrauchen, sind zu verbieten."

(Art. 27 der "Verfassung für das Land NRW")

Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes hatte es zunächst den Anschein, als seien die Möglichkeiten zur Über-

windung des Kapitalismus und zum Aufbau einer Gesellschaftsordnung gegeben, die kollektiven gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprach.

So wird der Versuch einer nichtkapitalistischen Gestaltung des neu zu organisierenden Staats aus den Volksentscheiden zur Sozialisierung ersichtlich, die in fast allen Zonen nach 1945 stattfanden und eine Neuorientierung im sozio-ökonomischen Bereich vorzubereiten schienen: Die Vergesellschaftungstendenzen fanden ihren Niederschlag in den Länderverfassungen und in den Programmen der Vorgodesberger SPD und der CDU (Ahlener Programm), welche die antikapitalistische Stimmung aufgriffen. Von den heute im Parlament vertretenen Parteien zeigte sich lediglich in der FDP ein ungebrochener Glaube an die Leistungsfähigkeit des durch den Faschismus diskreditierten Kapitalismus, nicht zuletzt deshalb, weil sich in ihr neben altliberalen starke national-konservative und aus dem Nationalsozialismus herübergerettete Kräfte zusammengefunden hatten.

Systemüberwindende Lösungen berücksichtigten auch die Verfasser des Grundgesetzes. So läßt das Grundgesetz formal die Entscheidung für einen reinen bzw. wohlfahrtsstaatlich verbrämten Kapitalismus, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung und für sämtliche Mischformen offen (Art. 14,15 GG). Allerdings bevorzugt schon die bei Abfassung des Grundgesetzes vorgenommenen juristische Interpretation der Grundrechte die "privaten" Rechte auf Freiheit und Eigentum und leistet der ideologischen Absicherung der Freiheit zur Profitmaximierung und des Eigentums an Produktionsmitteln im Sinne einer Garantie des kapitalistischen Systems Vorschub. Verdankt doch die Verfassung ihre Entstehung meist konservativen und zum Teil aus dem NS-Staat übernommenen Juristen, während das Volk ausgeschlossen blieb.

Die Auseinandersetzung um die zu verwirklichende Gesellschaftsform bot bereits ab 1948 keine echten Alternativen mehr. Das nachfaschistische Deutschland konnte nicht auf Erfahrungen mit nichtkapitalistischen Systemen zurückgreifen und weder praktikable Sozialisierungsmodelle noch die zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft nötigen Fachleute vorweisen. Die Gewerkschaften und die SPD, die durch ihre Programmatik auf eine antikapitalistische Politik festgelegt waren, verhielten sich passiv und hofften auf die bevorstehende Regierungsbildung. Inzwischen machte sich das Kapital zum Träger des Wiederaufbaus mit Hilfe der USA, deren politische und wirtschaftliche Interessen die Eingliederung der BRD in das westliche kapitalistische Wirtschaftssystem erforderten. Gestützt auf den Besatzungsstatus konnten die USA die Restauration der überkommenen Herrschaftsverhältnisse betreiben, indem sie den Garanten der kapitalistischen Produktionsweise, das Großkapital, wieder in seine Führungspositionen einsetzte und durch Finanzhilfen (Marshall-Plan) absicherte.

Die nach dem Kriege notwendige Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse zog einen wirtschaftlichen Aufschwung nach sich, der die Profitraten der Produktionsmittelbesitzer erhöhte, die beherrschende Position des Großkapitals ideologisch stärkte und die Effizienz des kapitalistischen Systems scheinbar bestätigte.

Die Phase des kalten Krieges, die die Wiederaufrüstung der BRD und ihre Integration in die Nato vorbereitete, lag im Interesse des US-Kapitals an der Schaffung neuer Absatzmöglichkeiten und lieferte die ideologische Rechtfertigung

für die privatwirtschaftliche Aneignung gesellschaftlicher Produktion in der BRD (freie Marktwirtschaft im Gegensatz zu Planwirtschaft, Gleichsetzung der Ziele der "freiheitlich demokratischen Grundordnung" mit denen der Kapital-eigner). Gleichzeitig entwickelten sich die Parteien unter den ständig wachsenden Druck der Wirtschaft zu Herrschaftsinstrumenten des Großkapitals. Dieser Prozeß wurde sichtbar an dem Umschwenken der SPD auf einen dem Kapital genehmen Kurs im Godesberger Programm. Politik im Sinne des Kapitals wurde noch deutlichen ablesbar an der Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Ziele der isolierten Effizienz der Produktion (Erhards "formierte Gesellschaft") und fand ihren bisher erkennbaren Höhepunkt in der "Globalsteuerung" der ökonomischen Prozesse zugunsten des Großkapitals (Schillers konzertierte Aktion, Stabilitätsgesetz, mittelfristige Finanzplanung).



4. Zur Strategie der zwei Wege

4.a. Erläuterung

Der Vorspann zur Strategie der beiden Wege im "Leverkusener Manifest" (Teil C.2.1) führte in Diskussionen immer wieder zu Mißverständnissen und Kritik. Dies war darin begründet, daß hier vielen eine zu schnelle Kehrtwendung, die darüberhinaus nicht ausreichend begründet war, zu einigen Aussagen zur Rolle des Staates vollzogen wurde (Tenor: Die Situation ist hoffnungslos, aber wir machen trotzdem ...).

Das lag daran, daß hier die einzuschlagende Strategie system-überwindender Reformen nicht deutlich dargestellt wurde. Dies wurde im "Duisburger Manifestentwurf" besser: als Vorspann zur Strategie dient nun der hier unter 4.b. abgedruckte Abschnitt C.1.1. des "Duisburger Manifestentwurfes", in dem die einzuschlagende Strategie beim Namen genannt wird. Im Teil C.1.2. des Manifestentwurfes finden sich viele Passagen des Teils C.1. des "Leverkusener Manifests" wieder, der Teil C.1.3. bringt aber nun die notwendige Erläuterung der Strategie system-überwindender Reformen. Hier wird klargestellt, wie diese Strategie funktionieren soll, gleichzeitig wird die Notwendigkeit der Zwei-Wege-Strategie klar aufgezeigt.

4.b. Auszug

” C. Zur Strategie

C.1. Vorbemerkung: Zur Strategie der zwei Wege

C.1.1. Grundsätzliche Ziele der Jungdemokraten

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, daß die politischen Ziele der Jungdemokraten mit den Rahmenbedingungen eines kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nicht vereinbar sind. Es ist also ungenügend, nur auf solche

Reformen hinarbeiten, die im Bezugsrahmen dieses Systems bleiben und nur punktuell Erleichterungen erbringen. In diesem Falle werden soziale Errungenschaften lediglich deshalb von den Herrschenden zugestanden, weil sie zur Harmonisierung drohender sozialer Konflikte und damit zur Erhaltung der Grundlagen des Kapitalismus erforderlich sind. Vermögensbildung, Mitbestimmung, Freigabe des Rentenalters, Umschulungsförderung und Gesamtschule etwa verkümmern bei den Reformisten zur vorbeugenden Beschwichtigung derjenigen Bevölkerungsteile, die auf Grund hervorragender gesellschaftlicher Widersprüche demokratisch initiativ zu werden drohen. Daraus folgt für uns, daß die politische Perspektive der DJD systemüberwindend sein muß.

C.1.2. Analyse der Wirkungsmöglichkeiten

Allerdings scheint das Ergebnis der politischen Analyse aufzuzeigen, daß die Situation hoffnungslos ist. Die herrschende Klasse verstärkte ihre Bemühungen, Möglichkeiten der Demokratisierung abzubauen. Das potentiell fortschrittliche Grundgesetz wird ausgehöhlt: die Notstandsgesetze sind ebenso Folge wie Symptom dieser Entwicklung. Schon drohen die Vertreter des Rechtskartells wie Dichtigans mit der "Totalrevision" des Grundgesetzes.

Das potentiell demokratische Parlament wird immer mehr entmachteter; es wird degradiert zur Abstimmungsmaschine für außerhalb getroffene Entscheidungen. Seine aktuelle Funktion erschöpft sich in der Aufgabe, diese Tatsache vor der Bevölkerungsmehrheit zu verschleiern und öffentlich Scheinkonflikte auszutragen.

Gewerkschaften und Parteien als mögliche Sammelpunkte progressiver Kräfte sind weitgehend in das bestehende Herrschaftssystem integriert; die Gewerkschaften erkennen das gegen "Extremisten von links und rechts", der sich in der Praxis ausschließlich gegen die fortschrittlichen politischen Bewegungen richtet.

Das gesamte Herrschaftssystem ist hauptsächlich abgesichert durch die Manipulation der Bevölkerungsmehrheit. Familie, Schule und Arbeitsplatz sind Stationen eines Prozesses, der Untertanen schafft: die so vorprogrammierte Bevölkerung ist einer gigantischen Werbung und der Meinungsmanipulation im engeren Sinne ausgesetzt.

Sollten aber alle diese Sicherungen für das System versagen, so bleibt schließlich noch der Machtapparat in Form von Justiz und Polizei und, wenn eines Tages die "Stunde der Not" für die Herrschenden des Kapitals kommen sollte, der Einsatz der Bundeswehr im Innern. Die Herrschenden scheinen also fest im Sattel zu sitzen; dennoch wächst auf Grund der Widersprüche dieses Gesellschaftssystems auch die Möglichkeit seiner Überwindung: Das immer stärker werdende Eingreifen des Staates zur Sicherung der privaten Profitmaximierung erfordert den Abbau der Grundrechte; er ruft damit aber auch den Widerstand einer Vielzahl von Demokraten hervor, die die parlamentarische Demokratie erhalten wollen, ohne allerdings die Ursachen für ihre Zerstörung zu erkennen. Gewerkschaften und Parteien verstehen sich als systemerhaltend; dennoch wächst jeden-

falls in denjenigen Organisationen, die subjektiv die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vertreten, die Erkenntnis, daß der Feind nicht links sondern rechts steht.

Die Ideologiefabriken wie Familie, Schule, Universität und Betrieb funktionieren zwar nach wie vor, aber die Notwendigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordern ein höheres Bildungsniveau und bieten damit die Möglichkeit, die objektive gesellschaftliche Lage zu erkennen; der Widerspruch zwischen Anspruch und Funktion der Massenmedien bricht vielfach auf; Ansätze systemkritischer Information werden sichtbar. Selbst im Machtapparat des Staates gibt es (noch weitgehend latente) Widersprüche; progressive Juristen, Polizisten und Soldaten lehnen die ihnen zugedachte Funktion ab und erhöhen so das Risiko des Einsatzes staatlicher Machtmittel.

Diese eben aufgezeigten Tendenzen sind Möglichkeiten, die in der Gegenwart erst in Ansätzen nachweisbar sind. Ob diese Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden, hängt weitgehend von der Strategie der systemkritischen Kräfte ab.

C.1.3 Zur Strategie systemüberwindender Reformen

Sollen die DJD angesichts der gesellschaftlichen Zustände in der BRD das Grundgesetz als Illusion, das Parlament als Diener der herrschenden Klasse entlarven und den Kampf gegen Familien, Kirchen, Schulen, Universität, Betrieb, Justiz, Massenmedien, Polizei und Bundeswehr gleichzeitig führen?

Eine derartige Strategie ist für jede Organisation angesichts des politischen Kräfteverhältnisses Irrsinn: für den einzelnen bleibt die Wahl, den Kampf mit Waffengewalt zu führen und damit zum Selbstmörder und Wegbereiter der Reaktion (Baader-Meinhof-Gruppe) zu werden, oder als Antiautoritärer den Hofnarren des Systems zu spielen. Unsere Einschätzung der ökonomischen Verhältnisse macht deshalb eine Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppen ("Stadtguerillas") unmöglich.

Die Forderung der DJD nach einer Strategie systemüberwindender Reformen bedeutet auch eine klare Abgrenzung gegen Katastrophenstrategien. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß es keine direkte Beziehung zwischen Notlagen der Bevölkerung und grundsätzlicher Umwandlung der jeweiligen Gesellschaftsordnung gibt. Eine Katastrophenstrategie ist daher nicht nur vom politischen Anspruch der Jungdemokraten aus abzulehnen, sondern darüber hinaus auch politisch falsch, weil sie eine Situation heraufbeschwören kann, in der die verschleierte Diktatur des Kapitals (in Form der parlamentarischen Demokratie) zu einer offenen Diktatur des Kapitals (in Form des Faschismus) wird.

Die Jungdemokraten gehen davon aus, daß bei den gegebenen Machtverhältnissen in der BRD keine revolutionäre Situation vorhanden oder machbar ist. Theorien und Praktiken, die auf eine Revolution i.S. eines punktuellen gewaltsamen Umsturzes hinauslaufen, widersprechen den Grundsätzen der DJD. Gewaltanwendung in der BRD schwächt die systemkritischen Kräfte, isoliert sie von der Bevölkerung und stärkt das Rechtskartell. Sie ist für die Jungdemokraten kein Mittel der Politik. Hingegen scheint uns als realistische Möglichkeit praktikabel, eine Strategie systemüberwindender Reformen zu verfolgen.

Dabei sind zunächst auch solche Reformen zu unterstützen, die nicht grundsätzlich die kapitalistische Produktionsweise antasten müssen, die aber die gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Lasten der Kapitalbesitzer verschieben, z.B. Gesetze gegen Bodenspekulation und Umweltverschmutzung, Verankerung von Mieterräten, Verlagerung der Lehrlingsausbildung in staatliche Lehrwerkstätten, Mitbestimmung auf allen Ebenen, völlige Freigabe der politischen Betätigung im Betrieb, Vermögensbildung in zentralen Fonds, die eigene Anlagepolitik betreiben und unter ausschließlicher Kontrolle der Lohnabhängigen stehen.

Diese Reformen sind Grundvoraussetzungen für die Vorbereitung einer langfristigen Systemüberwindung, weil sie trotz Verankerung im kapitalistischen System doch die Machtverhältnisse zugunsten der Bevölkerungsmehrheit verändern können. Gleichzeitig wird durch die verstärkte Einübung demokratischer Verhaltensweisen (Mieterräte, Einübung in Massenaktionen eine weitere notwendige Vorbedingung dafür geschaffen, daß das Kapital seine Einwirkungsmöglichkeit auf die politischen Verhältnisse und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verliert. Danach gilt es, durch systemüberwindende, d.h. den Rahmen des kapitalistischen Systems sprengende Reformen wie Enteignung der Grundstoffindustrien, erste Breschen in den Kapitalismus zu schlagen, die stark genug sein müssen, um innerhalb des bestehenden Systems eine nachhaltige Beschränkung der Macht des Kapitals zu erreichen und damit die Macht der Lohnabhängigen wesentlich zu erweitern. Dadurch muß zunächst erreicht werden, daß die systemkritischen Kräfte über echte Gegenmachtpositionen verfügen, die institutionell abgesichert sind. Die Bevölkerung muß sich die Möglichkeit schaffen können, auch unabhängig von allen gesetzlich fixierten Institutionen neue Modelle der Selbstverwaltung und demokratischer Politik zu verwirklichen. Erst damit sind im Zusammenhang mit weiterer Bewußtseinsveränderung durch Basisarbeit die Grundvoraussetzungen für eine mögliche Systemüberwindung geschaffen.

”

5. Notwendigkeit der Basisarbeit

5.a. Erläuterung

Ein Vorspann, eine klare Begründung der Notwendigkeit der Basisarbeit und ihr Hineinstellen in eine Strategie systemüberwindender Reformen fehlt im Leverkusener Manifest. Vor den Teil C.3 gehört deshalb dieser hier abgedruckte Auszug, der diese Mängel beseitigt.

5.b. Auszug

” C.2. Arbeit an der Basis

C.2.1. Notwendigkeit der Basisarbeit

Der traditionelle Weg zur Verwirklichung politischer Forderungen in bürgerlichen Demokratien ist der über Parteien und Parlamente. Unsere Analyse und die geschichtliche Erfahrung

zeigen jedoch, daß eine Verteidigung der demokratischen Institutionen unserer Gesellschaft und ihre progressive Entwicklung über die politisch immer schwächer werdenden Parteien und Parlamente allein nicht möglich ist, da diese im günstigsten Falle die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zwischen demokratisch-progressiven und reaktionär-konservativen Bewegungen widerspiegeln. Neben die Erhaltung bestehender Institutionen der repräsentativen Demokratie und die Arbeit mit und in diesem muß daher der Versuch treten, durch Selbstorganisation der Bevölkerung Druck auszuüben mit dem Ziel der Erhaltung und Fortentwicklung bestehender demokratischer Einrichtungen. Die Jungdemokraten müssen das Hauptgewicht ihrer Arbeit auf die Schaffung eines Bewußtseins legen, daß eine grundlegende Veränderung dieser Gesellschaft notwendig ist, um ihren demokratischen Ansprüchen zu entsprechen. Die Jungdemokraten müssen versuchen, in den verschiedensten Gruppen und Organisationen der Gesellschaft selbst demokratische Initiativen in Gang zu setzen oder zu unterstützen und Modelle emanzipatorischen und antiautoritären Verhaltens zu entwickeln und zu fördern, um so ein systemkritisches Bewußtsein zu schaffen, denn systemüberwindende Reformen lassen sich nur dann durchsetzen, wenn die Bevölkerungsmehrheit von der Notwendigkeit überzeugt ist. Zusammengefaßt heißt das: Die Strategie der systemüberwindenden Reformen hängt in der Luft, wenn nicht dahinter mobilisierte, artikulierte und organisierte Bedürfnisse stehen.

Eben diesen Zielen dient die Basisarbeit der DJD.

”

## 6. Notwendigkeit der Arbeit in den Institutionen

### 6.a. Erläuterung

Die Wichtigkeit des hier wiedergegebenen Abschnitts kann nur ermesen, wer die Geschichte der Grundsatzdiskussion unseres Verbandes kennt.

Sie begann ja in einer Zeit, da der antiautoritäre Gedanke hoch im Kurs stand, erstes Ergebnis dieser Diskussion war deshalb auch das 1970 vom KV Bonn vorgelegte "Bonner Manifest", in der die Idee vertreten wurde, daß Arbeit in Institutionen keinen Sinn habe. Hier wird - im Zusammenhang mit unserer Strategie - die Notwendigkeit solcher Arbeit, auch in Institutionen außerhalb der FDP, aufgezeigt.

Dieser Teil gehörte im Manifest vor den Teil C.2.4 (Ziele der Zusammenarbeit mit der FDP), womit gleichzeitig die in diesem Abschnitt aufgestellten Ziele auf eine breitere Basis gestellt werden:

es sind eben nicht nur Ziele, die bei der Arbeit in der F.D.P. zu verfolgen sind, sondern bei der in und mit allen geeigneten Institutionen.

### 6.b. Auszug

#### ” C.3. Notwendigkeit der Arbeit in den Institutionen

Die in der BRD bestehenden Institutionen (Parlamente, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Bundeswehr usw.) schränken die Freiheit ihrer Mitglieder vielfach ein

und unterstützen in ihrer Mehrzahl ein Gesellschaftssystem, das vorhandene Ungleichheiten erhält. Langfristiges Ziel der Jungdemokraten muß daher sein, einige dieser Institutionen überflüssig zu machen (z.B. Streitkräfte im Zuge einer allgemeinen Abrüstung). Dabei müssen sich die DJD vor Wunschdenken hüten: nur solche Institutionen sind abzuschaffen, die historisch überwunden sind, d.h., die keine sinnvolle Funktion für die Bevölkerungsmehrheit ausüben.

Institutionen insgesamt lassen sich auf der in der BRD erreichten Gesellschaftsstufe nicht mehr abschaffen. Zwar ist die Erkenntnis richtig, daß Organisationen die Entscheidungsfreiheit ihrer Mitglieder einschränken können; ebenso richtig ist aber auch die Erkenntnis, daß auf unserer Gesellschaftsstufe Organisationen Voraussetzung und Instrument der Freiheit sind. Langfristiges Arbeitsziel der Jungdemokraten ist daher die Demokratisierung aller nicht historisch überwundenen Institutionen.

Die Mitarbeit in Institutionen entspricht aber nicht nur dieser Zielvorstellung, sondern auch den praktischen Notwendigkeiten politischer Arbeit: Ein Verzicht auf erreichbare Machtanteile hieße, militantreaktionären Bestrebungen das Feld zu überlassen, wäre also Katastrophenstrategie; Mitwirkung hingegen kann die Arbeit des Verbandes (auch an der Basis) rechtlich absichern und u.U. materiell unterstützen.

Für die praktische Arbeit hieße das: politische Rechte soll man wahrnehmen, Aufklärung leisten, wo immer dies möglich ist. Sind Mitglieder auch in den Gewerkschaften, kirchlichen oder sonstigen Jugendgruppen oder in der FDP tätig, so sollten sie jedenfalls Zellen bilden mit dem Ziel der Demokratisierung jener Institutionen.

Abmachungen von Verband zu Verband können zur Durchführung konkreter Maßnahmen sinnvoll sein: Demonstrationen, gemeinsame Seminare, Wahlkampf, Doppelmitgliedschaften erweitern, wenn ausgenutzt, die Chancen der Demokratisierung in der Gesellschaft.

”

III.

Erläuterungen  
und  
Begründungen  
zum Manifest



# 1. Allgemeines

## 1.1. Erkenntnistheoretische Voraussetzungen und kritischer Rationalismus

Im folgenden sollen in Auseinandersetzung mit dem kritischen Rationalismus zwei erkenntnistheoretische Voraussetzungen der Grundsatzbeschlüsse der Deutschen Jungdemokraten entwickelt werden:

- 1) Notwendigkeit der Erkenntnis des gesellschaftlichen Totalzusammenhangs bei
- 2) prinzipieller Unvollständigkeit dieser Erkenntnis

Die Diskussion der Jungdemokraten über den kritischen Rationalismus als Theorie hat in der Vergangenheit unter einigen schwerwiegenden Mißverständnissen gelitten. In durchaus idealistischer Manier unterließ man es gleichzeitig darüber nachzudenken, welche Bedeutung und Funktion ein philosophischer Ansatz überhaupt für die Programmatik einer liberalen Jugendorganisation haben kann und welche nicht. So wurden die Kontroversen z.T. mit einer Härte und Entschiedenheit geführt, als gelte es eine allgemein verbindliche Verbandsphilosophie zu installieren. Ist erst einmal dieser viel zu hohe Anspruch ausgeräumt, wird man unbefangen genuin liberale Grundgedanken, die der KR enthält anerkennen können, ohne sich deswegen insgesamt mit ihm identifizieren zu müssen.

1) Den logischen Kern des KR bildet eine Metatheorie (eine Theorie über Theorie also). Popper untersucht die Logik der Forschung und gelangt dabei zum Prinzip von trial and error: Man kann nur durch Versuch und Irrtum der Wahrheit näherkommen. Jede Theorie ist um so besser je mehr empirischen Gehalt sie hat und sich im Lauf der Zeit bewährt. Der marxistische Theorie-Praxis-Begriff und das kritisch-rationalistische Prinzip von Versuch und Irrtum besitzen dieselbe Stoßrichtung: gegen nicht falsifizierbare, 'metaphysische' Aussagen oder anders ausgedrückt: Theorie habe sich an der Praxis zu bewähren. Dem Prinzip von Versuch und Irrtum entspricht politisch das Prinzip der Kritik. So wie jede Theorie ist auch die Gesellschaft prinzipiell verbesserungsbedürftig. Den Kritikern und abweichenden Minderheiten kommt daher eine besondere politische Bedeutung zu: Sie sind Träger von politischen Versuchen und 'Experimenten'. Das Lernen an deren Erfolg oder Mißerfolg stellt ein wesentliches Element des gesellschaftlichen Fortschritts dar. Der KR setzt an bei der Fehlbarkeit menschlicher Erkenntnis und menschlichen Handelns. Flach drückt das so aus: "Er (der Liberale) weiß, daß der Weg der Erkenntnis mit Irrtümern gepflastert ist und die Wahrheit von heute den Irrtum von morgen umschließt". Er glaubt nicht an letzte Wahrheiten und auch nicht daran, daß die Gesellschaft einem konfliktfreien Endzustand entgegengeht. Er lehnt daher jede Form von Dogmatismus ab. Die praktische Kehrseite abgeschlossener Ideologien ist die Repression, die praktische Seite des theoretischen Zweifels Toleranz und Liberalität.

2) Popper schlägt als politische 'Methode' eine sog. Stückwerktechnik vor. Man solle nicht der Vorstellung einer idealen Gesellschaft als Ganzem nachhängen, sondern stückweise Fehler korrigieren (und neue begehen) und sich insgesamt so 'durchwursteln'. Er vernachlässigt den gesellschaftlichen Totalzusammenhang, den die Dialektik in Nachfolge Hegels stark betont. Popper hängt immer noch der uralt-liberalen These an, daß falls die Individuen oder Institutionen konsequent ihre Mikroziele

verfolgen (Stückwerk), quasi automatisch die gesellschaftlichen Makroziele (Gerechtigkeit, Lebensqualität o.ä.) verwirklicht würden. Die Berücksichtigung des gesamtgemeinschaftlichen Zusammenhangs ist heute schwieriger und zugleich notwendiger als je, weil sich die sozialen Beziehungen verdichten, komplizieren und die gesamte Gesellschaft 'sensibel' auf das Verhalten von Teilbereichen reagiert. Der Wahlspruch des klassischen Wirtschaftsliberalismus "laissez faire, laissez aller" wird von Popper in abgewandelter Form wiederaufgenommen: er verteidigt die Autonomie der Subsysteme: Stückwerk gegen umfassende Gesamtkonzeption. Er vergißt dabei, daß (z.B.) manche Konzerne kein Stückwerk mehr machen, sondern gesamtgemeinschaftliche Strukturen vorherbestimmen: Beschäftigungslage so gut wie Infrastruktur, oder Ausbildung.

3) Soll Politik nicht zum permanenten (und schließlich unwirksamen) Krisenmanagement verkommen, das die gesamtgemeinschaftlichen Kosten von Stückwerksentscheidungen aufzufangen hat, ist notwendig - die Einschränkung der Autonomie von Subsystemen (praktisch) - der Versuch den gesellschaftlichen Totalzusammenhang zu erkennen (theoretisch).

Soll Politik nicht Menschen der dogmatischen Vergewaltigung ausliefern, bleibt notwendig - das Bewußtsein der prinzipiellen Fehlerhaftigkeit menschlicher Erkenntnis, sowie Toleranz.

Dies alles zusammengenommen macht heute eine der Schwierigkeiten liberaler Politik aus.

## 1.2. Sinn dieses Manifestes

Vorrangige Ziele bei der Erarbeitung dieses Manifestes waren:  
1. Selbstdarstellung nach innen ("ideologische Vereinheitlichung des Verbandes")  
2. Lieferung eines Bezugsrahmens für die politische Arbeit - "Anleitung zum Handeln".  
Dagegen war das Ziel einer publikumswirksamen Selbstdarstellung nach aussen deutlich nachgeordnet.

## 1.3. Terminologie

Bei der Frage, wie gesellschaftliche Sachverhalte in einem Manifest auszudrücken sind, gibt es zwei Möglichkeiten:  
1. Man kann bei den verwendeten Begriffen von üblichen Sprachgebrauch ausgehen. Diese Methode hat den Nachteil, daß die verwendeten Begriffe oft schwammig, vieldeutig und unscharf sind: z.B. Arbeitnehmer für Lohnabhängige, Arbeitgeber für Unternehmer.  
2. Die andere Methode besteht darin, entweder eigene Begriffe zu schaffen oder fremde zu übernehmen, die vom üblichen Sprachgebrauch abweichen. Sie hat den Nachteil, daß die verwandten Begriffe u.U. missverstanden werden können und daher genau definiert werden müssen. Eben diese Definitionen haben aber auch den Vorteil, daß die verwandten Begriffe durch sie eindeutig sind; nur aus derartigen Begriffen können exakte Folgerungen abgeleitet werden.  
Diese Methode haben die Verfasser des Manifestes angewandt. Sie haben dabei im Einzelfall entschieden, ob der übliche Sprachgebrauch genügend bestimmt und "neutral" ist, um sinnvoll verwendet werden zu können.

War das der Fall, haben sie den üblichen Sprachgebrauch übernommen, war es nicht der Fall, so wurden eigene Begriffsbestimmungen gewählt. Da z.B. die üblichen Bezeichnungen der verschiedenen Formen gesellschaftlicher Abhängigkeit (Macht, Autorität, Herrschaft, Ausbeutung etc.) im üblichen Sprachgebrauch nicht eindeutig sind, mussten eigene Bezeichnungen mit entsprechenden Begriffsbestimmungen (s.u.) gewählt werden.

2. Erläuterungen zum Teil A (Zielsetzung)

2.1. Begriffsbestimmung

Die verschiedenen Arten gesellschaftlicher Abhängigkeit sind wie folgt definiert und bezeichnet:

- 1. Abhängigkeit auf Grund der Tatsache, daß die Überlegenen Gehorsam notfalls durch Zwangsmittel erwirken können. Diese Form der Abhängigkeit muß nicht auf offener Drohung beruhen, sie ist vielmehr in der Regel verinnerlicht. Wir haben diese Form der Abhängigkeit Macht genannt.
  - 2. Abhängigkeit aufgrund der Tatsache, daß der Überlegene über die Fähigkeit verfügt, bestimmte Sachaufgaben zu meistern; diese Überlegenheit wird von der Unterlegenen anerkannt. Es handelt sich um freiwillige Unterwerfung. Diese Form der Abhängigkeit haben wir Autorität genannt.
- Die Autorität unterliegt einer Erfolgskontrolle: Sie geht verloren, wenn der Erfolg für längere Zeit ausbleibt.
- 3. Abhängigkeit durch ein gesellschaftliches Grundverhältnis, daß auf der privaten Aneignung fremder Arbeitsleistung durch die Verfügungsgewalt über die entscheidenden Wirtschaftsmittel beruht. Nicht zu trennen von diesem Grundverhältnis ist die Sicherung durch außerökonomische (politische, militärische, rechtliche etc.) Maßnahmen. Wir haben diese Form der Abhängigkeit Herrschaft genannt.

Legitimation ist der Prozeß, in dem die Normen der Machtausübung anerkannt werden.

Demokratisch legitimierte Macht wird ausgeübt auf Grund der wesentlichen demokratischen Normen der Delegation, Kontrolle und Rücknehmbarkeit der Macht. Kontrolle ist der Nachvollzug von Entscheidungen, d.h., Prozesse, die zu der Entscheidung geführt haben und ihre Zusammenhänge werden erkannt, mit den akzeptierten Normen verglichen und ggf. diesen Normen angeglichen.

Demokratische Kontrolle funktioniert, wenn sie von den durch die Entscheidung Betroffenen effektiv ausgeübt wird.

Delegation heißt Machtausübung aufgrund der persönlichen Auswahl und des Auftrages der davon Betroffenen, der den ausschließlichen Rahmen der Machtausübung angibt.

3. Begründung zum Teil B (Analyse)

3.1. Zu Teil B.1: Historische und Gegenwartsanalyse des Liberalismus

3.1.1. Begriffserklärung

Bürgertum (im engeren Sinne) = Eigentümer von Produktionsmitteln, die ihren Lebensunterhalt aus dem Besitz von Produktionsmitteln bestreiten

Besitzbürgertum = Bürgertum im engeren Sinne

Bildungsbürgertum = Gruppe mit dem Besitzbürgertum vergleichbarem Lebensstandard, die ihren Unterhalt aber auf Grund ihres Wissens (Bildungsstand) und nicht durch Kapitaleinsatz bestreiten

Kleinbürgertum = Gruppe mit dem Proletariat vergleichbarem Lebensstandard, aber ideologischer Übereinstimmung mit dem bedeutenderen Teil des Besitzbürgertums. Kleinbürger können auch (Klein-) Eigentümer an Produktionsmitteln sein.

Mittelstand = Sammelbezeichnung für eine breite Gruppe von Personen und Unternehmen der gesellschaftlichen Mitte, die meist nicht quantitativ abgegrenzt wird.

Zum Mittelstand zählen sich in der Regel selbständige Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen in Handwerk, Industrie, Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Verkehrsgewerbe und sonstigen Gewerben, die selbständig Tätigen in der Landwirtschaft sowie freiberuflich Tätige (medizinische, rechts- und steuerberatende Berufe etc.) Man spricht dann vom "selbständigen Mittelstand".

Zu den "Mittelschichten" zählt man häufig noch Angestellte, Facharbeiter und Beamte mit mittlerem Einkommen.

Proletariat = Lohnabhängige, d.i. die Klasse, die kein Eigentum an Produktionsmitteln hat und auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen ist. Sie unterscheidet sich vom Bildungsbürgertum vor allem durch Lebensstandard und -Stil.

3.1.2. Liberalere Forderungen und ihre materielle Grundlage

Globale Gegenüberstellung von Feudalismus und Kapitalismus

Feudalismus

Herkunft  
 Leibeigenschaft  
 Stände  
 Kleinstaaten  
 Kirche als  
 Ordnungsfaktor  
 Willkür des Adels

Kapitalismus

Leistung  
 Freier Arbeitsmarkt  
 Gewerbefreiheit  
 großer Absatzmarkt  
 Calvinismus  
 Glaubens- und Meinungsfreiheit  
 Rechtsstaat

Erläuterung dazu

Die Weiterentwicklung der Produktionskräfte machte die Überwindung des Feudalismus als Gesellschaftssystem notwendig. Das hatte folgende Gründe:

- (1) Im Feudalismus entschied die Herkunft, nicht die Leistung, über die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen. Im Frühkapitalismus entwickelte sich daher der Adel zunehmend zu einer parasitären Schicht; er behinderte die wirtschaftliche Weiterentwicklung.
- (2) Der Feudalismus beruhte auf Leibeigenschaft; der Aufbau einer Industrie hingegen erforderte einen freien Arbeitsmarkt. Unter den Bedingungen des Frühkapitalismus verlor so die Bevölkerungsmehrheit die bescheidene soziale Sicherheit, die ihr die Leibeigenschaft geboten hatte, und gewann die theoretische Freiheit, einen Arbeitsplatz zu wählen, den ihnen die Unternehmer boten, oder zu verhungern.
- (3) Kennzeichen des Feudalismus ist eine Wirtschaft, die auf Ständen beruht, demgegenüber fordert das Profitinteresse die Gewerbefreiheit, d.h., jeder (i.e. jeder Bürger) muß die Möglichkeit haben, das Gewerbe auszuüben, das seiner Auffassung nach am meisten Gewinn abwirft.

(4) Feudalismus in Deutschland hieß eine Vielzahl von Kleinstaaten, die durch Zollschränken voneinander getrennt waren; die Vergrößerung der Produktionseinheiten und die Vielzahl der produzierten Güter verlangten einen größeren Absatzmarkt. Der Liberalismus forderte die Aufhebung bestehender Handelsschränken und die nationale Einigung.

(5) Die willkürliche Rechtspraxis im Feudalstaat, in dem das geltende Recht ständig durchbrochen werden konnte durch das Eingreifen des jeweiligen Feudalherren, der als oberster Gerichtsherr nach eigenem Gutdünken urteilte, stand im Widerspruch zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung, die die Berechenbarkeit staatlichen Handelns erforderte. Da der Staat noch nicht der Staat des Bürgertums war, forderte der Liberalismus den Rechtsstaat:

Die Regierung sollte verpflichtet werden, im Verkehr mit den Untertanen generellen und öffentlich bekannten Normen zu folgen, die von den Gerichten nach bekannten Verfahrensregeln angewandt werden. Das Recht wurde schnell nicht nur zum Schutz der Bürger vor dem Staat, sondern auch zu Niederhaltung der Arbeiterschaft eingesetzt.

(6) Die politische Willkür der feudalen Herrscher mußte ebenfalls zur besseren Berechenbarkeit staatlichen Handelns abgebaut werden; das Bürgertum setzte dem Feudalismus die Forderung nach bürgerlicher Demokratie und parlamentarischer Kontrolle der Regierung entgegen.

(7) Schließlich waren die Feudalherren und die Kirchen eng miteinander verflochten (Bündnis von Thron und Altar): Einerseits war die Kirche aufgrund ihres Landbesitzes der größte Feudalherr, andererseits wurde die Religion bewußt als Ordnungsfaktor eingesetzt. Außerdem behinderte die Orientierung auf das Jenseits die wirtschaftliche Entwicklung. Das Bürgertum mußte also den Feudalherren Kirche bekämpfen; zusätzlich mußte die christliche Lehre umformuliert (Calvinismus) oder gänzlich in Frage gestellt werden. So erklärt sich historisch die frühliberale Forderung nach Glaubens- und Meinungsfreiheit, die vielfach auch mit Antiklerikalismus verbunden war.

### 3.1.3. Perspektive des Mittelstandes im Spätkapitalismus

Die Bedeutung der kleineren Produktionsmittelbesitzer sinkt in erschreckendem Maße. Die Mehrheit aller Industriebetriebe in der BRD sind kleine Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten. Daran hat sich in den letzten 10 Jahren nichts geändert, wenngleich zweifellos ein absolutes Wachstum der Betriebsgrößen zu beobachten war, das sich in dem Ansteigen des durchschnittlichen Umsatzes anzeigt. Der Umsatz dieser Betriebe beträgt zusammen etwa 1/9 des Umsatzes der zahlenmäßig geringeren Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten, in denen ömal mehr Arbeiter beschäftigt sind.

Nicht alle kleinen Betriebe und Unternehmen sind selbständig. Diejenigen, die selbständig sind, finden sich in vielen Fällen in einem Interaktionssystem, das durch die Größenstruktur schon so vorgeformt ist, daß sich die kleinen Betriebe der erdrückenden Übermacht der Konzerne gegenüber sehen, gegen deren ökonomisches Gewicht weder unternehmerische Initiative noch unternehmerischer Wettbewerb etwas vermag. Die technologische Entwicklung stellt heute an einen Betrieb höchste Anforderungen:

1. Je komplizierter sich der Produktionsablauf gestaltet, um so weiter reicht die Anwendung von Spezialwissen zeitlich zurück und um so länger wird die Zeitspanne zwischen Einleitung und Vollendung einer Aufgabe.
2. Abgesehen von dem erhöhten Kapitalbedarf aufgrund des vermehrten Ausstoßes wird auch im Produktionsprozeß selbst mehr Kapital festgelegt.
3. Je komplizierter die Technik wird, desto mehr Zeit und Geld werden von einer ganz bestimmten Aufgabe gebunden.
4. Die Technologie erfordert Spezialisten
5. Noch mehr als in Maschinen manifestiert sich die fortgeschrittene Technologie in gewaltigen und komplexen Verwaltungsorganisationen.
6. Unter den Bedingungen fortgeschrittener Technologie entsteht die Notwendigkeit der Planung.

Spätestens hier erkennen wir, daß die marktbeherrschende Macht, die die absolute oder relative Größe den Kapitalgesellschaften verleiht, die Basis nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für beträchtliche politische und soziale Macht darstellt.

Wie groß der Einfluß der starken wirtschaftlichen Konzerne in der spätkapitalistischen Gesellschaft ist, zeigen neben der verheerenden politischen Einflußnahme u.a. das äußerst zahn ausgefallene Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der BRD aus dem Jahre 1957 (Neufassung 1966) und der vergebliche Versuch von Minister Schiller, die Preisbindung der zweiten Hand, die viele Produkte natürlich verteuert, aufzuheben.

Die wirtschaftliche Macht der 200.000 ganz Reichen und bestimmt die der 700.000 Vermögensinhaber ist hundertprozentig. Sie wäre kaum größer, wenn ihnen das investierte Kapital ganz gehörte. Im Gegenteil: dann würden sie die Unterstützung der Kleinaktionäre verlieren, die dann wohl ihre politischen Gegner wären. Diese "Mini-Besitzer" sind in Wahrheit die eifrigsten Befürworter der gegenwärtigen wirtschaftlichen Machtverhältnisse. In ihrer eigenen kleinen Welt fühlen sie sich alle als Gewinner und gewiß haben sie auch einen kleinen Profit. Die absolute Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist von 1950 - 1970 von 6 413 000 auf 4 742 000 zurückgegangen, ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung sank von 31,5 auf 17,4 %.

### 3.1.4. Wissenschaftlich- technische Intelligenz und Systemüberwindung

Mit dem Überwachen des Monopolkapitalismus in den Staatsmonopolkapitalismus entsteht eine neue Gesellschaftsschicht, die wissenschaftlich-technische Intelligenz. Sie entwickelt sich aus Teilen des Bürgertums und Teilen des Proletariats:

Ein immer größerer Teil der ehemaligen "Bildungsbürger" hat keine Möglichkeit mehr, selbständig zu arbeiten, dieser Teil gerät also in die Situation, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen: seine objektive Lage nähert sich der des Proletariats.

Das Gleiche trifft zu für Techniker, Ingenieure, Mathematiker etc: Sie werden "Mitarbeiter" in riesigen Forschungsabteilungen der Großindustrie. Andererseits rückt ein Teil der Arbeiter und Angestellten, besonders in stark automatisierten Bereichen, zu höherer Qualifikation auf. Obwohl sie Lohnabhängige bleiben, verändert sich ihre Stellung im Produktionsprozeß. Ein Teil der höher qualifizierten Arbeiter wird in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen tätig, in denen sich bei gemeinsamer Abhängigkeit die Grenzen zwischen Ingenieuren, Technikern und qualifizierten Arbeitern verwischen. Aber auch innerhalb des Produktionsprozesses selbst verändert sich in den fortschrittlichsten Wirtschaftsbereichen die Stellung der Arbeiter: Aus unmittelbaren Produzenten werden sie zu Überwachern der automatischen Fertigungsanlagen. Mit der anderen Stellung im Produktionsprozeß verändert sich auch ihre Einstellung, wächst ihr Sinn für Initiative und Verantwortung. Sie haben im allgemeinen sichere Arbeitsplätze; diese materielle Sicherheit zeigt, daß sie sich tendenziell dem Bürgertum nähern. Auf Grund der materiellen Sicherheit sind sie aber auch eher als die Lohnabhängigen in der Lage, die systembedingten Schranken der wirtschaftlichen Entwicklung und das utopische Defizit (Produktion an Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei) zu erkennen.

Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte erfordert höhere Qualifikation der Lohnabhängigen: für die Kapitaleigner bringt das jedoch die Gefahr mit sich, dass grössere Übersicht in Systemkritik umschlägt, z.B. in der Erkenntnis, daß die Betriebe ebensogut oder besser von den verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen geführt werden können als von den Statthaltern des Großkapitals. Da den Kapitaleignern die Erhaltung ihrer Macht noch wichtiger ist als die Kostensenkung durch Steigerung der Produktivität, wird auf die Aufhebung extremer Formen der Arbeitsteilung verzichtet.

Die Überwachung dieser Arbeiter wird ebenfalls Teilen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz übertragen. Während die vorher beschriebenen Gruppen aus ihrer objektiven Interessenlage heraus für die emanzipatorische Bewegung in Frage kommen, trifft das für diese Gruppe nur bedingt zu; Systemkritik heißt für sie Kritik an den eigenen aktuellen Interessen zugunsten ihrer langfristigen Interessen. Die Forderung nach Systemüberwindung ist dem Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, der zur Überwachung anderer Lohnabhängiger eingesetzt wird, daher nur schwer zu vermitteln. Aus dieser Analyse ergibt sich, daß zwar nicht alle Gruppen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz unterschiedslos für systemüberwindende Politik ansprechbar sind, daß sie sich aber in ihrer Gesamtheit als Träger einer liberalen Bewegung eignet, die ihrerseits Teil der Emanzipationsbewegung der Bevölkerungsmehrheit sein muss.

### 3.2. Begründung zu Teil B.5.

#### 3.2.1. Anmerkungen zur Situation des Parlamentarismus in der BRD

Das Parlament ist verfassungsmäßig - nach dem Prinzip der Gewaltenteilung - das höchste Staatsorgan. Es stellt in der Theorie den Weg der normalen institutionalisierten und friedlichen Transformation der Gesellschaft unter den Bedingungen der Parteidemokratie durch Gesetzgebung dar. Aber in der Parlamentarwirklichkeit wurde dieser Anspruch nicht eingelöst. Der Schwerpunkt der Gesetzesinitiative lag schon immer bei der Exekutive und dem Parlament wurde nur ein beratendes Einspruchsrecht zugewiesen. Die zunehmende Staatstätigkeit zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems hat diese Situation nur verschärft und verdeutlicht. Auch heute geht die Gesetzesinitiative hauptsächlich von der Regierung aus, die 3/4 aller Gesetzesvorlagen in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Regierungsparteien einbringt. Das korrigiert auch das Bild eines geschlossenen Plenums, das der Regierung gegenübersteht, denn in Wirklichkeit ist eine vertikale Gewaltenteilung eingetreten: die Linie verläuft zwischen Regierung und Regierungspartei(en) einerseits und der (den) Oppositionspartei (en) andererseits. Die Machtanhäufung bei der Regierung ist nicht bloß als eine Machtverlagerung vom Parlament her zu verstehen, sondern aus der Notwendigkeit des Regierungsprozesses selbst.

Die Regierung und die ihr zugehörige Ministerialbürokratie sind auf Grund der besseren Informationen, durch den direkten Zugang der Verbands- und Interessengruppen, durch den technischen Apparat (Formulierungshilfen z.B.), gegenüber dem Abgeordneten bei der Gesetzesinitiative im Vorteil. Aber nicht dieser mehr formale Vorteil ist wichtig. Die sozioökonomischen Machtverhältnisse erzwingen die Umkehrung des verfassungsmäßig vorgesehenen Weges. Regierung und staatliche Bürokratie sind Koordinations- und Planungsstelle zur Steuerung des krisenanfälligen Monopolkapitalismus. Der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt stieg seit 1913 von 15 % bis 1960 auf 40 %. Die Gesamtzahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten beträgt bereits 12% der Erwerbspersonen (in England 20%) Die Militär- und Sozialausgaben betragen ca. 50% des Haushalts. Der Staat wurde selbst zum größten Auftraggeber für die (Privat) Wirtschaft und Umverteiler von Massenkaufkraft. Die Regierung steuert unter Ausschaltung des Parlaments die Konjunktur (Stabilitätsgesetz) reguliert die Gesamtnachfrage und ist, zur Erhaltung der Massenloyalität, gezwungen, eine Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, die unter Beibehaltung der prinzipiellen privaten An-

eignung eine ständige Inflation mit sich bringt, die wiederum durch staatliche Lohnpolitik ("konzertierte Aktion") ausgeglichen werden muß. Die Gelder für den Rüstungshaushalt und die Sozialversicherung dienen als Krisendämpfer, um ein zu starkes Absinken der Konsumgüteraussgaben zu verhindern. Hierbei ist nur zu deutlich geworden, daß die Hauptinteressen an der Erhaltung des auf Profit ausgerichteten Systems sich direkt an die Schalthebel der Macht wenden, ohne den mühseligen Weg über das Parlament zu nehmen. Die Verbände, die im Gegensatz zu den Parteien im Grundgesetz nicht als am Willensbildungsprozeß Beteiligte vorgesehen sind, haben sich praktisch als Mittler zwischen Regierung und Gesellschaft (Sprich: Parlament) etabliert. Die Verbände beziehen ihre Legitimation aus der Berechtigung der von ihnen vertretenen Interessen - formell aus dem Grundgesetz bzw. aus der Lehre von der verbandspolitischen Gesellschaft (in der BRD gibt es nur 5% organisierte Parteimitglieder gegenüber 40% organisierten Verbandsmitgliedern). Die Frage ist also: Wie kann ein gerechtes Gemeinwohl erreicht werden bei einer autonomen Repräsentation von Interessen, die zwar formal die gleichen Rechte haben, durch die ökonomische Ungleichheit aber benachteiligt sind?

Die moderne staatliche Wirtschaftslenkung im Kapitalismus setzt entgegen der liberalen Vorstellung von Staat und Gesellschaft voraus, daß der jeweiligen Regierung immer mehr Instrumente zum direkten und indirekten Eingriff in den Wirtschaftskreislauf zur Verfügung stehen. Die Regierung wird zum "neutralen Instrument", das den kapitalistischen Wirtschaftskreislauf in Gang halten muß. Auf die Regierung jedoch - so will es die Ideologie - kann jede Gruppe einen gleich starken Druck ausüben. Das Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft zwingt jedoch die Regierung zum Verlassen der Neutralität und zur Bevorzugung der am Profit Interessierten. Gesetzesinitiative geht also nicht allein von der Regierung aus, sondern auch durch den direkten Druck der Verbände, die der Ministerialbürokratie bei der Abfassung von Gesetzesentwürfen ihre Fachkenntnisse zur Verfügung stellen, schon im Hinblick darauf, daß die Anwendung dieser Gesetze durch eben diese gleichen Verbände geschieht. Die gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien sieht den direkten Zugang der Vertreter der auf Bundesebene organisierten Interessengruppen vor. Gesetzesentwürfe werden zuerst den Verbandsspitzen zugeschickt, um deren Meinung einzuholen. Eine besondere Verflechtung ergibt sich dann, wenn industriefreundliche Minister die gewerbliche Wirtschaft bevorzugen, denn die Entscheidung, welche Gruppen herangezogen werden sollen, liegt allein beim Minister.

Im Verlauf von zehn Jahren wurden 83% der offiziellen Stellungnahmen des BDI unmittelbar den Regierungsstellen überreicht.

Nach Angaben von G.Braunthal: "The Federation of German Industry in Politics", Ithaca 1965, ist der Kontakt zwischen Wirtschaftsministerium und BDI so eng, daß fast täglich Gespräche stattfinden. Besonders in der Amtszeit Adenauers konnten die Verbände durch direkten Zugang zum Kanzler seine Industriefreundlichkeit ausnutzen, da er als Schiedsrichter bei Streitigkeiten zwischen den Ministerien entscheidet. Interessant ist, daß nach der gemeinsamen GO I. Allgemeiner Teil, Sachverständige nur dann herangezogen werden dürfen, "wenn nach strengen Maßstäben anzuerkennen ist, daß Arbeiten von verwaltungseigenen Kräften nicht geleistet werden können... und völlige Unabhängigkeit (besteht) gegenüber den von der Entscheidung berührten Kreisen." (Der Sachverständer der Interessenvertreter ist natürlich auch völlig "unabhängig".) Wir können also feststellen, daß die

entscheidenden Schritte bei der Gesetzgebung ohne das Parlament getan werden. Denn: kommt ein Gesetz in den Bundestag auf Initiative der Regierung, so muß es zwar von der Fraktion eingebracht worden sein (während Regierungsvorlagen zunächst vom Bundesrat beraten werden müssen und nach drei Wochen dem Bundestag weitergereicht werden können) was wieder auf die enge Verzahnung von Fraktion und Regierung hinweist, es wird aber ohne Aussprache des Plenums an die Bundestagsausschüsse verwiesen, wo wiederum die Sachverständigen der Fraktionen, die parlamentarischen Staatssekretäre und die Ministerialbürokratie zusammentreffen und der Mehrheitsmeinung zum Durchbruch verhelfen. So entsteht im Ausschuß eine "Übereinstimmung der Sachverstände" die selbst den oppositionellen Abgeordneten mit dem Sachverstand der Ministerialbürokratie wetteifern läßt. Die zweite Lesung bzw. Debatte im Parlament erfüllt dann Doppelfunktion die weit entfernt ist von der verfassungsmäßigen vorgesehenen Kontrollaufgabe: einerseits nämlich die Fiktion öffentlicher Willensbildung dauernd zu erzeugen und doch andererseits das verselbständigte Geschehen im exekutiven Bereich gegen öffentlich artikulierte Ansprüche abzuschirmen und zu verteidigen. Der "Sachzwang" der kapitalistischen Wirtschaft wie der objektive Konformitätsdruck, der auf allen Parteien lastet, läßt sie Rücksicht nehmen auf die Wählerschaft, deren sozialstrukturelle Zusammensetzung sich überschneidet und deren Erwartungen - und Anspruchsstrukturen nahezu identisch sind. Die ökonomische Stabilität wird zur Überlebensfrage des Systems und damit zum wichtigsten Aktionsfeld des Staates, in dem das Parlament eingeschlossen ist und nur noch Legitimationsaufgaben erfüllt. Die immer nötiger werdende langfristige Planung aller Bereiche nimmt dem Parlament jeglichen Einfluß im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich, die Entscheidungsprozesse auf die politische Grundintention der Vorlagen überprüfen zu können. Das Parlament bzw. richtiger die Oppositionspartei(en) haben keine Informationen über rechnerisch geprüfte Alternativen zur Verfügung. Allein dies aber ermöglicht ihnen politische Kontrolle.

Diese wenigen Hinweise machen deutlich, daß die wirtschaftspolitischen Forderungen der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände nicht unvermittelt im Bundestag behandelt werden können, da sie für ihre Partikularinteressen die öffentliche Meinung nicht für sich mobilisieren können. Nichtöffentlichkeit der Verhandlungsstrategie wird so zur funktionalen Erfolgsvoraussetzung. Die Nichtöffentlichkeit kommt zum Ausdruck in der überdurchschnittlich großen Anzahl von Abgeordneten, die prinzipiell die Interessen des Kapitals vertreten (bzw. die Verteidigung des Privateigentums): siehe die Haltung der FDP zur Kartellgesetznovelle entgegen ihren Aussagen in der Nürnberger Wahlplattform. Die Parteien übernehmen die Mediatisierung dieser Partikularinteressen unter dem Mantel des Gemeinwohls.

Einwirkung von verschiedenen Interessengruppen am Beispiel des Bundesleistungsgesetzes:  
Dieses Gesetz wurde zum ersten Mal als Referentenentwurf des Bundesministeriums des Inneren 1952 eingebracht. Ziel des Gesetzes war es, die Regierung in Notfällen zur Aufforderung von Dienstleistungen zu ermächtigen. "Die Geschichte des Bundesleistungsgesetzes zeigt, welche Anstrengungen auf

ministerieller wie auf parlamentarischer Ebene des Gesetzgebungsprozesses unternommen werden, eine Reihe von Privatinteressen gegen das Gesetz zu schützen". Im Referentenentwurf waren bereits die Kirchen sowie öffentliche Körperschaften von dem Gesetz ausgenommen worden.

(Die folgenden Zitate sind aus: G. Löwenberg, Parlamentarismus im politischen System der BRD, Tübingen 1969 S.305ff)

"Die wirtschaftlichen Interessengruppen, die in dieser Phase nicht vom Innenministerium konsultiert worden waren, zeigten sich nicht nur wegen der in dem Entwurf enthaltenen Bedrohung des Privateigentums besorgt, sondern auch darüber, daß die Anwendung des Gesetzes beim Innenministerium liegen würde, zu dem sie keine so guten Kontakte wie zum Wirtschaftsministerium hatten. Diese Einwände wurden innerhalb der Regierung vom Wirtschaftsministerium vorgebracht, und der Umfang des Entwurfs auf seine Initiative hin stark eingeschränkt, bis schließlich die gewerbliche Wirtschaft, mit Ausnahme der Ernährungsindustrie, von der Anwendung des Gesetzes ausgenommen war. Es kam zu einem neuen Entwurf, der diese Unternehmen erfaßte, und das Wirtschaftsministerium wurde mit der Durchführung des Gesetzes beauftragt. Beide Vorlagen wurden dem Kabinett erst vorgelegt, als die Ratifizierung der Verträge von London und Paris der Bundesrepublik eine eigene Verteidigungspolitik gestatteten. Erst dann erschien die Einführung einer solchen Notmaßnahme, die angesichts ihrer Vorgängerin in weiten Kreisen ab Abneigung stieß, gerechtfertigt. Der Innenpolitische Ausschuß des Deutschen Bundestages der von einem Abgeordneten der Opposition geleitet wurde, war nicht konsultiert worden. Das geschah erst nach der Überweisung der Vorlage an den Bundestag im Oktober 1955.

Bei den Bundestagsdebatten zeigte sich, daß die großen Interessengruppen bereit waren, das Gesetz zu akzeptieren. Dagegen fanden kleinere Gruppen ihre Forderungen - vertreten von der Opposition und den Länderregierungen - nicht berücksichtigt".

Erster Durchgang im Bundesrat 1955:  
Der Bundesrat empfahl 86 Abänderungen für die 16 Seiten lange und 88§§ umfassende Vorlage. "Der Bundesrat wollte mit ihnen die im Gesetz vorgesehenen Vollmachten der Regierung einschränken und die Eigentumsrechte von Individuen und kommunalen Verbänden schützen"

Erste Beratung im Bundestag  
"Die Vorlage hatte zu diesem Zeitpunkt schon eine beträchtliche Kritik durch die Presse erfahren, vor allem in den Blättern, die Unternehmerkreisen nahestanden und in dem geplanten Gesetz einen ausreichenden Schutz des Rechts auf Eigentum vermißten"  
CDU und FDP begrüßten die Notwendigkeit der Vorlage, nahmen aber in Detailfragen "eine vorsichtige Haltung ein, um sich in Einzelheiten nicht festzulegen und genügend Spielraum für die Ausschußverhandlungen zu lassen... Der FDP-Sprecher erklärte, seine Partei könne der Mehrzahl der ... Bestimmungen nicht zustimmen. Die Kritik der SPD war sehr viel allgemeiner... Die SPD war in die Situation gebracht worden, in vorderster Linie im Kampf um das Eigentum zu stehen."

Das Ausschußverfahren

"Im allgemeinen bemühten sich die Interessengruppen, ihre Mitglieder dadurch zu schützen, daß sie die Befugnisse der Regierung auf Dienstleistungen ihrer Mitglieder einzuschränken oder womöglich zu verhindern suchten und in anderen Fällen auf eine angemessene Entschädigung drängten. Die detaillierten Forderungen der kleineren Gruppen hatten weniger Erfolg als die allgemeineren der großen Bundesverbände. Dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband etwa gelang es nicht, Hotels von der Wirkung des Gesetzes auszunehmen, obwohl der Bundesrat diese Forderung unterstützt und die Regierung versehentlich die Formulierung des Bundesrates akzeptiert hatte. Trotzdem überwog nun die Auffassung der Regierung, daß durch das Recht zur Beschlagnahme von Hotels der Zugriff auf private Wohnung vermieden werden könne. Andererseits nahm der Ausschuß die Forderung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie auf Einschluß einer Klausel an, in der Eigentum, das zur Weiterführung eines Betriebes unentbehrlich ist, von der Beschlagnahme ausgenommen werden soll."

Zweite und dritte Lesung im Bundestag

"Die zweite und dritte Beratung der Bundesleistungsvorlage erfolgte an einem Tage, knapp einen Monat nach der letzten Ausschußberatung über das Gesetz.... Eine Reihe von CDU/CSU-Abgeordneten, die dem Bauernverband nahestanden, stellten gemeinsam mit der FDP den Antrag, der eine leichte Verbesserung der Vorschrift zur Entschädigung vorsah, wann landwirtschaftliche Nutzflächen für Regierungszwecke bereitgestellt und dadurch indirekte Verluste entstehen würden; ohne Aussprache wurde der Antrag angenommen.... Die zweite und dritte Beratung dieser komplizierten und umfangreichen Vorlage dauerte insgesamt weniger als eine Stunde; die Ausschußphase hatte fünf Monate in Anspruch genommen."

Zweiter Durchgang Bundesrat - Verkündung des Gesetzes

Es gab keine Debatte, und das Gesetz wurde am 19. Oktober verkündet, sechzehneinhalb Monate nach seiner ersten Einbringung und fast vier Jahre nach Abschluß des ersten Referentenentwurfs.

Das Verhältnis der Hinzuziehung von Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und Gewerkschaften beträgt 10:1!!!!!!

4. Literaturliste

Überblick

Bracher/Jacobsen	Bibliographie zur Politik in Theorie und Praxis. Droste Verlag. (zu beziehen über die Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn, Berliner Freiheit 7)
Literaturlisten	Bei: Bundeszentrale für politische Bildung (s.o.) und Landeszentrale für politische Bildung, 4 Düsseldorf, Neanderstr.6

Liberalismus (allgemein)

Ruggiero, Guido	Geschichte des Liberalismus in Europa, 1964
Wolff, Robert P.	Das Elend des Liberalismus Edition Suhrkamp 352
Freund, Michael (Hrsg.)	Der Liberalismus in ausgewählten Texten, Koehler Verlag, 1965
Kühnl, Reinhard	Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus - Faschismus rororo aktuell, 1342/43
Opitz, Reinhard	Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1972, Hefte 1-3 (Kritik der Freiburger Thesen der F.D.P. und krit. Würdigung der DJD-Beschlußlage) Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, Vorgebirgsstr.115
Neuhöffer/Opitz	Sozialliberale oder demokratische Politik in: Blätter für .... (s.o.) 12/1972
Opitz, Reinhard	Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933 Pahl-Rugenstein-V., 1973
Flach, Karl-Herrmann	Noch eine Chance für die Liberalen, Eine Streitschrift. S.Fischer Verlag, 1971
Maihofer, Werner	Demokratie im Sozialismus
Dahrendorf, Ralf	Die neue Freiheit Piper Verlag, 1975
F.D.P.	Freiburger Thesen (über Landes- bzw. Bundesgeschäftsstelle der F.D.P.) als Buch (mit ergänzenden Kommentaren) erschienen bei rororo aktuell.

Politische Ökonomie

Höfmann, Werner	Grundfragen der Wirtschaftsgesellschaft 1969, rororo-aktuell 1149
Grosser, Dieter (Hrsg.)	Konzentration ohne Kontrolle 1970, Westdeutscher Verlag
Schiller, Theo	Eigentum in Wirtschaft und Gesellschaft in: 'liberal' 11/1968
Mandel, Ernest	Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie Verlag Neue Kritik

- Mandel, Ernest Marxistische Wirtschaftstheorie (2 Bde.)  
Edition Suhrkamp 595/596
- Masuch, Michael Politische Ökonomie der Ausbildung  
rororo-Sachbuch 6813
- Politologie
- Neumann (Hrsg.) Politische Theorien und Ideologien  
Signal Verlag 1974
- Grebing, Helga Linksradikalismus = Rechtsradikalismus, eine falsche  
Gleichung  
Urban Taschenbücher 819
- Kühnl, Reinhard(Hrsg.) Der bürgerliche Staat der Gegenwart  
rororo-aktuell 1536
- Sozialisation
- Rolf, Hans-G. Sozialisation und Auslese durch die Schule  
Verlag Quelle und Meyer
- Gottschalch, Wilfried Sozialisationsforschung  
Fischer TaBu 6503
- Gottschalch, Wilfried Politische Sozialisation  
Fischer TaBu 1311
- Hartmann, K./ Nyssen, F. Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert  
Waldeyer, H. Edition Suhrkamp 694
- Strategie und ihre Grundlagen
- Agnoli, Johannes Transformation der Demokratie
- Steffani (Hrsg.) Parlamentarismus ohne Transparenz  
Westdeutscher Verlag, Reihe Kritik
- Huffschmid, Jörg Die Politik des Kapitals, Konzentration und Wirt-  
schaftspolitik in der Bundesrepublik  
Edition Suhrkamp 313
- Jaeggi, Urs Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik  
Fischer TaBu 1014
- Rausch, H. (Hrsg.) Theorie der Repräsentation  
Darmstadt, 1968
- Bermbach, Udo Theorie und Praxis der direkten Demokratie  
Urban TaBu, 1973
- Dittberner, Ebbinghau- Parteiensystem in der Legitimationskrise  
sen Westdeutscher Verlag, 1973
- Abendroth, Wolfgang Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
Edition Suhrkamp 106
- Hofmann, Werner Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und  
20. Jahrhunderts  
Verlag de Gruyter 1968 (Sammlung Göschen 1205/1205a)
- Ebert, Theodor Gewaltfreier Aufstand, Alternative zum Bürgerkrieg  
Fischer TaBu 1123
- Bussiek, Hendrik Veränderung der Gesellschaft, Sechs konkrete Utopien  
Fischer TaBu 1092
- Bussiek, Hendrik(Hrsg.) Wege zur veränderten Gesellschaft - Politische Strate-  
gien.  
Fischer TaBu 1205
- Vilmar, Fritz Strategien der Demokratisierung (2 Bde.)  
Luchterhand Verlag, 1973

Sonstiges

- Runge, Erika Frauen - Versuche zur Emanzipation  
Edition Suhrkamp
- Menschik, Jutta Gleichberechtigung oder Emanzipation  
Fischer TaBu 6507
- Jung, Deppe u.a. Vergleich der Gesellschaftssysteme BRD-DDR  
Pahl-Rugenstein-Verlag, 13
- Vilmar, Fritz Rüstung und Abrüstung im Kapitalismus  
rororo
- Krippendorff, Ekkehardt Probleme der internationalen Beziehungen  
(Hrsg.) Edition Suhrkamp 593
- Greiffenhagen (Hrsg.) Der neue Konservatismus der siebziger Jahre  
rororo-aktuell 1822
- Kühnl, Reinhard (Hrsg.) Geschichte und Ideologie  
rororo-aktuell 1656
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland  
Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung.

Anmerkung:

Obige Literaturliste enthält eine kurze, unvollständige und ergänzbare  
Zusammenstellung von Büchern (meist Taschenbüchern), die zu den Grundsatz-  
beschlüssen der DJD grundlegende und weiterführende Informationen liefern.